

Städt. Buchhandlung  
Laschke, Dresden

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mtl., bei Selbstabholung 5.50 Mtl. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mtl. für einen Monat 6.— Mtl. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 3721 und 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13893. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

**Insertenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1.80 Mtl., bei Platzvorschrift 2.00 Mtl.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mtl. Reklame-Kolonelspalte 7.50 Mtl. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Abstimmung in Oberschlesien.

Breslau, 21. März. Die Hauptgeschäftsführung der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier teilt mit: Die Wahlbeteiligung war nach allen eingelaufenen Berichten überaus groß. Die größten Wahlbeteiligungen aller Reichstags- und Landtagewahlen sind weitaus überschritten. Soweit wir die Lage übersehen können, ist durchweg 100 Prozent Wahlbeteiligung. Beste Zuversicht auf deutscher Seite. Polnischer Terror tritt bisher nicht in Erscheinung. In Myslowitz und längs der polnischen Grenze im Kreise Kattowitz ist alles ruhig verlaufen. Aus Lublitz wird gemeldet, daß dort polnische Sokolisten vergebens versuchten, Wahllokale zu stürmen.

Berlin, 21. März. Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier geben auf Grund der Zusammenfassung der Ergebnisse durch die Ortsgruppenleiter folgendes vorläufige Gesamtergebnis: Kattowitz, Kreis (Stadt und Land): deutsch 72 831, polnisch 66 187; Stadt Königshütte: deutsch 31 848, polnisch 10 703; Beuthen, Kreis (Gesamtergebnis): deutsch 59 232, polnisch 62 040; Hindenburg (Gesamtergebnis): deutsch 38 678, polnisch 31 623; Stadt Tarnowitz (Gesamtergebnis): deutsch 8083, polnisch 3738. Geringe Einzelergebnisse stehen noch aus, die jedoch an dem Gesamtergebnis nicht viel ändern werden.

III. Breslau, 21. März. Nach den bisherigen Meldungen liegen folgende Abstimmungsergebnisse vor: Kattowitz-Stadt 75 Prozent deutsch, Kattowitz-Land 80 Prozent deutsch, Lublitz-Stadt 82 Prozent deutsch, Hindenburg 60 Prozent deutsch, Zabrze 58 Prozent deutsch, Kreuzburg 92 Prozent deutsch, Bismarckhütte 66 Prozent deutsch, Rosenberg 87 Prozent deutsch, Oppeln 20 000 deutsche und 1100 polnische Stimmen, Tarnowitz 85 Prozent deutsch, Beuthen 87 Prozent deutsch, Königshütte 32 000 deutsche und 10 851 polnische Stimmen, Chorzow 82 Prozent deutsch, Myslowitz 5683 deutsche und 4041 polnische Stimmen, Kattowitz 92 Prozent deutsch. In den Städten Pleß und Rybnitz ist das Wahlergebnis nach den bisher vorliegenden Meldungen gut für Deutschland, ebenso ist in den Landkreisen Pleß und Rybnitz die Siestaüberwält sehr stark. Die Stimmung ist im großen und ganzen zuversichtlich. Das Abstimmungsergebnis aus der Stadt Kattowitz beträgt 92 Prozent deutsche Stimmen und im Landkreis Kattowitz 72 Prozent deutsche Stimmen.

Nach einem guben Telegramm aus Breslau von morgens 2 Uhr 30 Min. haben gestimmt in Oppeln 84 Prozent deutsch, Beuthen 78 Prozent deutsch, Königshütte 70 Prozent deutsch, Kreis Kreuzburg 95 Prozent deutsch, Kattowitz-Stadt 93 Prozent deutsch, Kattowitz-Land 75 Prozent deutsch, Kattowitz-Stadt 90 Prozent deutsch, Kattowitz-Land 40 Prozent deutsch, Bogusitz 40 Prozent deutsch, Stadt Rosenberg 90 Prozent deutsch, Gleiwitz 80 Prozent deutsch, Lublitz 82 Prozent deutsch, Zabrze 58 Prozent deutsch, Bismarckhütte 65 Prozent deutsch.

Zu diesen Meldungen ist zu bemerken, daß es alles Resultate aus Städten sind, die niemals als gefährdet angesehen wurden. Dagegen fehlen alle Resultate aus den beiden Kreisen Pleß und Rybnitz und aus den von der polnischen Bevölkerung durchsetzten Landkreisen.

### Ein vorläufiges Gesamtergebnis.

Kattowitz, 21. März. (W.V.) Vom deutschen Plebiszit-Kommissariat wird bekanntgegeben: Die Abstimmungsergebnisse von Pleß und Rybnitz sind noch ungewiß, doch ist in beiden Kreisen eine polnische Mehrheit zu erwarten. Ohne Pleß und Rybnitz ergibt sich eine deutsche Mehrheit von rund 63 Prozent. Bisher sind 671 700 deutsche und 389 300 polnische Stimmen abgegeben worden.

Die Depesche besagt weiter: Das Plebiszit-Kommissariat für Deutschland gibt bekannt: Trotz des ungeheuren polnischen Terrors, der im Gebiet östlich der Oder ohne wirksame Gegenmaßnahmen der internationalen Kommission geherrscht hat, ist im Industriegebiet eine sichere, im Gebiet westlich der Oder eine überwiegende deutsche Mehrheit erreicht worden. Die Städte Myslowitz, Kattowitz, Königshütte, Beuthen, Gleiwitz, Tarnowitz, Rosenberg, Rybnitz und Kreuzburg haben bis 80 Prozent deutsche Stimmen erreicht. Die Industrie-Landgemeinden Laurahütte, Siemianowitz, Schwientochowitz, Bismarckhütte und Hindenburg haben die erwartete Mehrheit überschritten.

### Eine letzte Meldung.

Eine letzte Meldung des deutschen Plebiszit-Kommissariats besagt: Nach den bisher hier vorliegenden Meldungen stellt sich das Abstimmungsergebnis einschließlich der Kreise Rybnitz und Pleß auf rund 700 000 deutsche und rund 469 000 polnische Stimmen. Eine Anzahl Wahlorte sind noch nicht gemeldet, dürften aber am Gesamtergebnis nicht viel ändern.

### Sidungen im Kreise Rybnitz.

III. Breslau, 21. März. In dem Kreise Rybnitz fanden in einzelnen Orten Kämpfe zwischen Polen und Italienern statt. Die Italiener haben die Wahlurnen in den strittigen Bezirken beschlagnahmt. In Lublitz sind die Sokolvereine, die die Wahlurnen zertrümmern sollten, von den englischen Truppen vertrieben worden.

## Reichskonferenz der USP.

Die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratie trat gestern im Reichstagsgebäude zusammen. Die Konferenz ist sehr stark besucht, es sind etwa 170 Abgeordnete und Vertreter der Bezirke und der Presse anwesend. Zur Leitung der Konferenz wurden Crispien und Ledebour bestimmt. Die Konferenz nahm zunächst das Referat Silberding über die politische Situation und den Bericht Crispiens über die internationale Arbeitgemeinschaft entgegen. Am Nachmittag erbat die USP ein Referat über Organisationsfragen. An die Referate schlossen sich längere Aussprachen an. Wir werden über die Verhandlungen noch ausführlich berichten.

## Unterzeichnung des russisch-polnischen Friedensvertrages.

O. E. Riga, 19. März. Der russisch-polnische Friedensvertrag ist Freitag, 19. März, unterzeichnet worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat binnen 45 Tagen in Riga zu erfolgen. Die Goldfrage ist nach dem Vorschlag Joffes geregelt worden. Rußland zahlt nur 30 Millionen Goldrubel an Polen als Anteil am russischen Goldschatz im Laufe eines Jahres nach Ratifikation des Vertrages. In dessen erklärt der Korrespondent des Ost-Express aus sicherer Quelle, daß gleichzeitig ein geheimes Sonderverbot abgeschlossen worden ist, wonach Polen lediglich 5 Millionen Goldrubel in bar, den Rest jedoch aus dem russischen Guthaben in Amerika erhalten soll, dessen Freigabe Polen erwirken soll. Erst in einer erregten Nachsitze auf Freitag erreichte die Sowjetdelegation, unter Androhung, die Verhandlungen bis zur nächsten Woche zu verlängern, die polnische Zustimmung zu einer nachträglichen Änderung des Artikels 2, durch die Weichsel eine Verflechtung erfährt und eine unmittelbare deutsch-polnische Grenze geschaffen wird.

## Annahme der Verfassung im polnischen Parlament.

Warschau, 19. März. (D. E.) Die polnische Verfassung ist am 17. März, 5 Uhr nachmittags, im Sejm in dritter Lesung angenommen worden, nachdem die eingeleiteten Kompromißverhandlungen die Linie veranlaßt hatten, von ihrer Obstruktion Abstand zu nehmen. Das Zweikammerparlament ist, wie zu erwarten war, beibehalten worden, dagegen haben die Rechten verschiedene Zugeständnisse machen und vor allem einwilligen müssen, daß die Möglichkeit einer Revision der Verfassung erleichtert wurde. Der sozialistische Robotnik kritisiert scharf die Verfassung, heißt aber fest, daß es den Linksparteien gelungen sei, der Reaktion und den Klerikalen einige Positionen abzurufen. Das Wort taubelt an der Verfassung das völlige Fehlen eines Referendums, einer Sicherung der demokratischen Kommunalverfassungen, die ungenügende Garantie der Bürgerrechte, die Einführung der Staatskirche und den Mangel sozialer Weisheit.

## Die letzten Kämpfe um Kronstadt.

Selkwalors, 19. März. Die ersten sowjetamtlichen Meldungen über die angeblich am Morgen des 17. März erfolgte Einnahme Kronstadts waren den Ereignissen vorausgegangen. Nachdem zuvor eine Anzahl vorgelagerter Forts von den Bolschewisten genommen worden waren, ist um die Festung selbst tatsächlich noch bis zum Morgen des 18. gekämpft worden. Der 17. März war vom frühen Morgen bis zum späten Nachmittag von den Kämpfen um die Außenforts erfüllt. Erst um 6 Uhr nachmittags begann der Angriff auf Kronstadt selbst. Nach vielen vergeblichen Angriffen wurde die Festung nachts von den Sowjettruppen erobert. Die Straßenkämpfe dauerten noch bis zum Morgen des 18. März an. Tagsüber wurden dann die vor Kronstadt liegenden Kreuzer „Sewastopol“ und „Petropawlowsk“ beschossen. Das Feuer wurde erst um 4 Uhr nachmittags des 18. März eingestellt. Der Angriff der Sowjettruppen ist im Rücken der Festung erfolgt, die für die Verteidigung der Westseite eingerichtet ist. Die Hauptforts waren daher kaum in der Lage, bei der Abwehr des Angriffs von der Landseite wirksam einzugreifen. Die Besetzung Kronstadts konnte von den Bolschewisten dennoch nur unter schweren Opfern erkauft werden. An den Kämpfen haben unzählige tausende Kommunisten teilgenommen. Die Zahl der nach Finnland entkommenen Teile der Kronstadter Garnison erreicht mehrere Tausend Mann. Unter ihnen befindet sich der Vorsitzende des Revolutions-Komitees Petrichenko. Der ebenfalls geflüchtete General Roslawski erklärt den Fall Kronstadts durch die Ermüdung der Garnison infolge der schlechten Ernährung und der Ermüdung durch den ohne Ablösung geleisteten Nachdienst. Die geflüchteten Matrosen äußern bittere Enttäuschung über die ausgebliebene Unterstützung Petersburgs, meinen aber, daß die Sache an Kronstadt die Petersburger Arbeiterschaft aufzurufen werde.

## Kongress der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands.

Um die Osterzeit findet in Southport bei Liverpool ein Parteikonferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands statt. Das Zentralkomitee der USPD hat dazu den Genossen Ledebour delegiert. Es kommt für uns darauf an, gerade in dieser kritischen Zeit die Beziehungen zu den gesinnungsgewandten sozialistischen Parteien des Auslandes fruchtbringend auszubauen.

## Die Griechen rüsten zur Offensive.

DA Konstantinopel, 19. März. Das Gerücht von einer nahe bevorstehenden griechischen Offensive in der Gegend von Smyrna scheint sich zu bestätigen. Große Truppenbewegungen sind bereits gemeldet. Die Lage scheint im Smyrna-Gebiet recht kritisch zu sein, jedoch die Griechen sich voranzutreiben zu haben, zahlreiche Verbände in Bursa voranzutreiben. Der Wall und die vornehmsten türkischen Beamten wurden deportiert.

## London, Moskau und Angora.

Von Otto Jensen.

Der Vertrag von Sevres hat die Türkei im wesentlichen auf Kleinasien—Konstantinopel beschränkt. Den Griechen hatte man, ihren alten Ausdehnungsbestrebungen willfährig, unter allerhand Klauseln die wirkliche Herrschaft über den wichtigen kleinasiatischen Hafen Smyrna zugesprochen. Diese Gegend ist vielfach von Griechen bewohnt und man wollte sich dem ententefreundlichen Diktator Venizelos dankbar erweisen. Jetzt ist als Reaktion der griechischen Volksmasse gegen die Diktatur und militärische Belastung König Konstantin zurückgekehrt. Frankreich möchte nun das Versprochene zurücknehmen und auch Italien fürchtet die Konkurrenz eines vergrößerten Griechenlands, zumal die italienischen Imperialisten in Kleinasien von jeher auch ein Betätigungsgebiet sahen. Andererseits will Frankreich sein altes Monopol auf Syrien ungenügend aufgeben, obgleich das Protektorat über die syrischen Christen nichts ist im Vergleich zum wachsenden englischen Einfluß. Auch hat die revolutionäre Bewegung der christlichen syrischen Araber sein Bestehen für französische Bevormundung, wie die zahlreichen bewaffneten Zusammenstöße beweisen. Andererseits hat die für Frankreich ungünstige Abgrenzung von Palästina und Syrien bei den empfindlichen Chauvinisten in Paris sehr verhasst, allerdings weit mehr, daß das Erdölgebiet von Mosul unter englischen Einfluß gefallen ist. Auch der Plan des Königreichs Bagdad unter Emir Faisal, einem alten Franzosenfeind, fand in Paris wenig Beifall. Dazu kommt, daß Kemal in Angora herrscht und daß auch Frankreich mit ihm rechnen muß. Daher die verschiedene Verwertung der Truppen Kemals durch Griechen und Franzosen. Die Griechen prahlen von einer dreimonatigen Expedition nach Angora, während die Franzosen sicher mit mehr Recht den Kampfwert der türkisch-nationalistischen Truppen betonen. Frankreich möchte eben Griechenland das Recht auf Smyrna wieder rauben und es wäre auch geneigt, anderen Forderungen von Konstantinopel und Angora nachzugeben. Interessant ist, daß die Türken, in der Erkenntnis, daß das alte Sultanat nicht zu halten ist, jetzt die Entente mit ihren eigenen geistigen Waffen bekämpfen, indem sie das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ proklamieren. Sie verlangen Selbständigkeit der von türkischer Mehrheit bewohnten Gebiete, also besonders für Anatolien, und sie verlangen, eine Groteske für jeden Asienkenner, Volksabstimmung in den gemischt-sprachlichen Gebieten. Dabei ist die Völkermischung, die durch die Verschiedenheit der Bekenntnisse noch komplizierter wird, und der Kulturzustand der Bewohner Vorderasiens ein derartig mittelalterliches, daß an eine solche Abstimmung nicht zu denken ist. Lebensfähig dürfte dann das meiste Gold den Ausschlag geben, wie es ja auch anderswo vorkommen soll.

Zu alledem gesellt sich noch der Streit um Konstantinopel, das zu einer türkischen Hauptstadt mit einem Schattensultan durch den Vertrag von Sevres gemacht wird. Das wichtige Hinterland Thrazien soll unter eine unumgängliche internationale Verwaltung gebracht werden, während die Türken Selbstverwaltung beanspruchen und auch Bulgarien Ansprüche anmeldet. Die Freiheit der Meerengen, die einst Bismarck den Hauschüssel von Europa nannte, bildet einen weiteren Streitpunkt. Die Bedeutung Konstantinopels als Operationsbasis gegen Sowjetrußland ist dabei zu berücksichtigen, so daß England sich den maßgebenden Einfluß zu sichern sucht. Es ist also der alte Rattenkönig von Gegenständen und Intrigen, wenn auch in neuer Auflage. Deutschland fehlt, aber es bleiben der Streitpunkte genug. Die Kosten haben natürlich die ausgebeuteten Massen des verarmten nahen Orients zu tragen, deren Schicksal in Wahrheit auf dem großen sozialen Schlachtfeld Westeuropas und Nordamerikas entschieden wird. Doch auch diese Massen beginnen, und das ist der Fortschritt, eine selbständige Rolle in dem Prozeß der sozialen Revolution unserer Tage zu spielen.

### III.

Nach den folgenschweren Verhandlungen über die deutsche Wiedergutmachungsfrage ist nun wieder die Orientkonferenz fortgesetzt worden und anscheinend zu einem vorläufigen Ergebnis gekommen. Sicher ist inzwischen hinter den Kulissen gehandelt worden, um einen Abschluß herbeizuführen. Die Leidtragenden sind dabei die Griechen, die durch ihre zu hoch gespannten Forderungen sich nur selbst geschadet haben, indem sie die Entsendung einer Untersuchungskommission nach Smyrna ablehnten. Soweit sich nun aus den vorliegenden Meldungen schließen läßt, ist das Ergebnis etwa folgendes: Zunächst wird der Friedenszustand hergestellt durch dauernde Einstellung der Feindseligkeiten und allmähliche Räumung der besetzten Gebiete. Auch in der Frage von Konstantinopel, das nominell die Hauptstadt der Türkei bleibt, sind den Türken einige Scheinzugeständnisse gemacht. Die Alliierten haben es doch in der Hand, jederzeit Konstantinopel und die Meerenge zu kontrollieren und gegebenenfalls militärisch zu besetzen. Wichtig sind die Zugeständ-



nisse der Franzosen in der Provinz Cilicien in Kleinasien. Das ist das nur ein Wechsel der Methode, weil Frankreich anstatt des unfruchtbaren militärischen Kampfes sich wirtschaftliche Konzessionen gesichert hat. Wenn z. B. eine Eisenbahn französisch wird und der Boden türkisch bleibt, so ist das lächerlich.

In der wichtigen Smyrnafrage haben weder Türken noch Griechen einen vollen Erfolg erzielt, da es sich bei den Abmachungen anscheinend um eine Kontrolle durch internationale Gendarmerie handelt, obgleich die Souveränität des Sultans anerkannt wird. Auch die Bestimmungen über Kurdistan, das örtliche Selbstverwaltung erhält, können zu vielerlei Reibungen Anlaß geben. Man hat entschieden gegenüber dem Vertrag von Sèvres dem türkischen Nationalismus Zugeständnisse gemacht, sich aber immer noch hinterhältig offen gehalten. Die Frage ist nun noch, wer ist der Souverän der Türkei? Der Sultan in Konstantinopel oder Kemal Pascha und seine Nationalversammlung in Angora? Die beiden türkischen Delegationen haben zwar auf der Konferenz zusammengearbeitet, aber diese wichtige Frage ist noch nicht entschieden.

Es ist auch diese „Lösung“ ein Provisorium. Man gibt der Verflechtung der Machtverhältnisse seit dem Vertrag von Sèvres widerwillig Ausdruck, ohne die wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Der Nationalismus wird fortbestehen, wie die Meinung aus Bagdad bemerkt. Die Intrigen in den gemischtsprachlichen Gebieten werden fortbauern. Ob die Ausbeutung wichtiger Teile Vorderasiens durch französisches Kapital zur Heilung der Kriegsschäden dienen wird, ist mehr als fraglich.

Merkwürdigerweise liest man in den Verhandlungsberichten gar nichts über das Schicksal Palästinas und die Pläne Englands, dort einen zionistischen Staat zu errichten. Sind diese Utopien schon zu Grabe getragen, nachdem sie ihren politischen Zweck, die Hilfe der Juden im Weltkrieg zu gewinnen, erfüllt haben? Fast scheint es so.

Ueberblickt man die Orientkonferenz, so bietet sich das gleiche Bild wie bei den Verhandlungen über die mittlereuropäischen Fragen: keine Lösung, ein Fortwursteln, viel Verhandlungen und wenig Resultate. Infolge der Armut der vorderasiatischen Bezirke, ihrer geringen Bedeutung in der Weltwirtschaft, ist der Kampf weniger heiß. Man braucht keine Sanktionen, verbietet sogar und läßt im übrigen möglichst alles beim alten.

Die Entwicklung bleibt aber nicht stehen, die sozialen Kräfte des Orients werden sich immer wieder melden. Sie bilden im Verein mit den Rädern Europas ein mächtiges Moment der Unruhe und werden ihre Rolle spielen im Laufe der sozialen Revolution unserer Tage.

## Der alte Geist des Militarismus lebt weiter.

„Trotz Blutschuld, Trug und Alledem — er steht noch und er hubelt uns wie früher fast, trotz Alledem!“

Die furchtbare Tragödie, die sich im Winter 1918 in den Karpathen abgespielt hat, hat jetzt endlich ihren Abschluß vor dem Berliner Schlichtergericht gefunden. Das bürgerliche Gericht hat eine Gesamtsatzung von sechs Monaten Festungshaft (!) als ausreichende „Sühne“ für die abscheulichen Schandtaten des Soldatenjägers Hiller ausgeworfen.

Mit Schandern und Entsetzen haben alle noch menschlich Empfindenden die unmenschlichen Handlungen und bestialischen Grausamkeiten, die der Schinderknecht in Offiziersuniform nach dem übereinstimmenden Zeugnis aller nicht im Offiziersrang stehenden Zeugen fortgesetzt gegangen hat, gelesen. Wir wollen sie hier nicht einzeln wiederholen. Schlampore der gemeinsten Art, Ohrfeigen, Fußtritte, Schläge mit Gewehrgewehr und Bergstöß, mit Spatenstiel und Gewehrkolben waren die alltäglich angewandten Erziehungsmittel, mit denen der nach der Auffassung des Verteidigers Dr. Hirschfeld vorbildliche Offizier die Disziplin zu festigen und zu erhöhen bestrebt war. Was unterscheidet diese Beichte, die einen Soldaten zur Strafe einige hundert Meter vom Feinde entfernt auf der Brustwehr — gewissermaßen als Rießscheibe für die feindlichen Schützen — festbinden ließ, von den Wilden, die ihre Opfer am Marterpfahl peinigten? Und welche menschliche Knebel gehört dazu, einen Schwerverletzten in ein schmähliches, kaltes Erdloch zu werfen, ihm die Nahrung zu entziehen und einen schon Halbtoten noch mit Fußtritten zu traktieren, wie es Hiller gegenüber dem unglücklichen Helmke getan hat. Fast scheint es so, als habe sich selbst dieser Schinderknecht seiner eigenen Taten geschämt, als er den unglücklichen Eltern des jungen Soldaten vorlag, ihrem Sohne sei in den letzten schweren Stunden seines Lebens alle mögliche Pflege zuteil geworden.

Aber die Kameraden und Vorgesetzten des Menschenjägers haben von den Schandtaten Hillers nichts bemerkt. Nach der Auffassung dieser Offizierskaste begann ja der Mensch bekanntlich schon im ersten Augenblick, so sah ihn die Kameraden in dem meist besessenen Kompanieoffizier nur den strengen Vorgesetzten der Mannschaften, den pflichtstreifigen Soldaten, den vorbildlichen Offizier. Und die bürgerlichen Geschworenen vernahmten die Frage, ob der Angeklagte den Helmke gelassen, geschlagen, körperlich mißhandelt und an seiner Gesundheit geschädigt habe. Nur in der Nahrungsmittelentziehung erblickten sie eine Mißhandlung. Und das Gericht beschneidet dem feigen Menschenjäger, daß er nicht ehelos gehandelt habe. Als habe es militärische Auszeichnungen zu verteideln, erklärt das Gericht, Hiller sei „ein Soldat gewesen, wie man ihn wohl selten im Felde antreffen hat“. Das Gesamturteil: Oberleutnant Hiller war ein tüchtiger, eifriger, pflichttreuer Soldat, ein nur um die Aufrechterhaltung der unbedingt notwendigen Disziplin besorgter Vorgesetzter. Er ist ein Teilchen des herrlichen deutschen Heeres, ein Repräsentant des prächtigen deutschen Offizierskorps, auf das das bürgerliche Deutschland so stolz ist. Er ist befehl von jenem alten preußisch-deutschen Militärgeist, der in seinen Trägern keinerlei menschliches Gefühl aufkommen läßt und aufkommen lassen darf, wenn es die geheiligte Disziplin und die militärischen Notwendigkeiten erfordern. Den militärischen Erfordernissen ist einfach alles, aber auch alles untergeordnet.

Dieser militärische Geist beherrscht das alte Preußen-Deutschland vollständig. Der brave deutsche Durchschnittsbürger hatte sich nicht nur mit ihm abgefunden, sondern blickte mit Begeisterung wie zu einem Heiligtum zu ihm auf.

Nach der November-Revolution hat man der Offizierskaste in Deutschland und im Ausland so oft erzählt, der alte militärische Geist sei überwunden. Der Hiller-Prozess demonstriert aber Welt wieder einmal, wie falsch diese Behauptung ist. Neben solchen anderen Vorgängen der letzten Zeit haben auch die Verhandlungen vor den Geschworenen in Berlin und das Urteil des „Volks“gerichts bewiesen, wie lebendig der alte preußisch-deutsche Militärgeist auch im neuen Deutschland noch ist. Wo es sich um militärische Ordnung und Disziplin handelt, wo der militärische Geist kommandiert, haben alle Stimmen der Vernunft, der Kultur und der Menschlichkeit zu schweigen. Das sagen die als Zeugen vernommenen Offiziere, die den Soldatenjäger Hiller als tadellosen, pflichttreuen Soldaten rühmen. Das sagt der Verteidiger, der in dem unmenschlichen Mordling den vorbildlichen Offizier erblickt. Das befähigt das Gericht, das in den Verhandlungen mehrerer Untergebener durch den feigen Vorgesetzten keine ehelose

Handlung erblickte. Das befand auch der große Teil der bürgerlichen Presse, die in den bestialischen Schandtaten des Hiller im schlimmsten Falle eine Entgleisung sieht, die sich der Schinderknecht im Offiziersrock bei der Erfüllung seiner „militärischen und vaterländischen Pflichten“ auszuholen kommen ließ.

Graushaft sind die Verbrechen, die die Hiller, Marloh, Aulso und andre würdige Repräsentanten des alten deutschen Militarismus im Kriege und während der Revolution an ihren eigenen Volksgenossen begangen haben. Weil schlimmer noch ist die Tatsache, daß es im neuen Deutschland keine Behörden und keine Gerichte gibt, die für eine wirkliche Sühne der Verbrechen sorgen.

Das schlimmste aber ist, daß die Masse des deutschen Volkes für diese Schandthaten noch besonders büßen muß, weil diese Zustände den Ententeregierungen die Möglichkeit geben, deren Gewaltpolitik gegen Deutschland vor ihren Wählern mit dem Hinweis auf den in Deutschland noch immer herrschenden Geist des vorrevolutionären Militarismus zu rechtfertigen.

## Der Meineidsprozeß gegen den Hauptmann von Kessel.

Am 2. Sitzungstage glaubte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Weigert, die linksstehende Presse wegen ihrer Berichterstattung und namentlich die Freiheit wegen des Hervorhebens gewisser Einzelheiten im Druck rüffeln zu müssen. Und dann kam als Gegenstück, eine Lieberstunde. Der Vorsitzende verurteilte, daß das Gericht die Haftentlassung des Angeklagten gegen Hinterlegung einer Kaution von 200 000 M. anzeige; die Grund hierfür sei lediglich im Gesundheitszustand des Angeklagten zu suchen. Zwar ist der Vertreter der Anklage prinzipiell gegen die Aufhebung des Haftbefehls aber er will nicht widersprechen, und da die Verteidigung eine geringere Kautionssumme verlangt, beschließt das Gericht die Haftentlassung gegen eine Kaution von 150 000 M.

Die Vernehmung des Angeklagten wandte sich dann zu den Vorgängen am 1. Juni 1919, an welchem Tage Marloh verhaftet werden sollte, aber nicht gefunden wurde. An jenem 1. Juni kam Kriegesgerichtsrat Meyer ins Bureau des Angeklagten, unterhielt sich mit ihm und erklärte am Schluß, daß er jetzt Marloh verhaften wolle. Zur Unterstützung bei der Verhaftung wolle der Angeklagte den Kriegesgerichtsrat um Mitnahme zweier Offiziere gebeten haben. Diese Offiziere ließ er aber Dienstanzug anlegen, wodurch eine längere Verzögerung eintrat. Daß er mittlerweile dem Marloh eine Mitteilung habe zukommen lassen, stellte der Angeklagte in Abrede. Er sagte dann weiter: Meyer ging mit den Offizieren die 40 Schritte zu dem Zimmer, wo Marloh wohnte und schlief. Dann kam er zurück und sagte, er sei nicht dort, er soll bei Pfarrer Rump sein, dort wolle er ihn jetzt verhaften. Wenn ich gewollt hätte, hätte ich die beste Gelegenheit gehabt, an Rump zu telefonieren. Von der Anklage wird es so hingestellt, daß ich der geschickte Regisseur gewesen sei, um Marloh zu warnen. Das hätte ich gar nicht nötig, die Sache ging von selbst. Die Staffel hielt doch zusammen, sobald eine Verhaftung geahnt wurde, war Marloh gewarnt. Als Kriegesgerichtsrat Meyer erschien, wußte doch jeder, was los ist. — Vorl.: Die Anklage nimmt manches anders an, als Sie es darstellen. Neu ist mir, daß Meyer sich zunächst mit Ihnen unterhalten habe. — Angekl.: Das ist auch richtig, ich muß es so darstellen, wie es war, das Verstellenspiel hat keinen Zweck mehr. Der Haftbefehl datiert vom 1. Juni um 1/2 Uhr nachmittags übergeben und um 1/3 Uhr kommt er an. Ich sagte ihm daher auch gleich: Jetzt werden Sie Marloh nicht mehr treffen. — Vorl.: Sie hatten ihn doch kurz vorher gesehen? — Angekl.: Das war eine Stunde eher. Mir war doch bekannt, daß das Garde-Schützen-Korps die Verhaftung nicht wollte. Die Annahme, daß es absichtlich so gemacht worden ist, daß man ihn nicht mehr antrifft, war doch nicht von der Hand zu weisen. — Vorl.: Das ist ein Vorwurf, den Sie nicht werden beweisen können. Worüber hat sich denn Dr. Meyer mit Ihnen 20 Minuten lang unterhalten? — Angekl.: Den Inhalt des Gesprächs möchte ich nicht angeben. Ich möchte mir nicht nachhaken lassen, daß ich alle möglichen Leute hineindränge. Mit der Verteidigung hat das ja nichts zu tun. — Vorl.: Es wird gefolgert, daß Sie den Kriegesgerichtsrat in Ihrem Zimmer hinhalten haben. — Angekl.: Das weiß ich, aber der Zeuge Meyer wird mich bezeugen, daß ich nichts dazu getan habe, daß die Sache verzögert wurde. Ich habe das Zimmer nicht verlassen. Ich hatte die Absicht, keinen Finger zu rühren und die Sache laufen zu lassen. — Vorl.: Vom militärischen Standpunkt mußten Sie doch aber, nachdem der Haftbefehl des Gerichtsherrn erfolgt war, alles tun, um des Marloh habhaft zu werden? — Angekl.: Ich habe doch schon gesagt, daß das Schützen-Korps wollte, daß Marloh weggehe und ich nahm an, daß erst auf Drängen der Haftbefehl erfolgt ist.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten erneut vor, daß in seiner Aussage manches nicht glaubhaft erscheine, insbesondere, daß er am Abend, als sein Adjutant Hoffmann in einer Gesellschaft war, ihn nicht gefragt habe, wo Marloh sei. — Angekl.: Hoffmann hat mir gesagt, Pfarrer Rump sei in heller Aufregung, was mit Marloh geschehen sollte. Es müsse für ihn gesorgt werden. Ich habe das Gefühl gehabt, daß ich in die Sache hineingezogen werden soll und bin nicht darauf eingegangen. Uebrigens ist Kriegesgerichtsrat Meyer nicht in das Haus des Pfarrers Rump hineingegangen, sondern hat einen Offizier hineingeschickt. Er begnügte sich damit, daß das Mädchen sagte, Marloh sei nicht da, während nachweislich Marloh oben war. Nach meiner Erinnerung hatte Pfarrer Rump mir sagen lassen, er wolle Marloh um 8 Uhr auf mein Bureau schicken. Ich wollte mir die Finger nicht schmutzig machen, deshalb habe ich mich um die Sache nicht gekümmert. Als ich dann aber doch glaube, es sei besser, Marloh werde herbeigeholt, ließ ich dem Kriegesgerichtsrat sagen, er soll keinen Steckbrief erlassen, ich wäre in der Lage, Marloh in 48 Stunden zu kriegen. — Vorl.: Waren Sie dazu in der Lage? Die Anklage folgert aus allen Dingen, daß Sie den Untersuchungsrichter hinhalten wollten. — Angekl.: Ich war doch inzwischen bei Hauptmann Rapp gewesen und er sagte, ich solle die Sache laufen lassen und nichts tun. Darauf habe ich Meyer mitgeteilt, daß ich nichts machen könne.

Im Laufe seiner weiteren Vernehmung erklärt der Angeklagte, daß er früher recht eigenartige Erfahrungen mit verschiedenen beteiligten Personen gemacht habe. Verschiedene Leute, die noch kurz vorher gesagt haben: „Verhindert bloß den Prozeß, bringt Marloh weg!“, sind kurz nachher umgefallen. Hauptmann Rapp hat jedoch, ohne mit der Wimper zu zucken, alles zugegeben und gerade das sprach für seine Glaubwürdigkeit. Der Vorsitzende geht dann zu den Vorgängen vom 2. Juni über. Der Angeklagte berichtet über seinen Besuch beim Pfarrer Rump. Bei der Unterredung wurde auch davon gesprochen, daß augenblicklich viel Unruhe im Lande sei und die Möglichkeit bestehe, daß wir eine unabhängige Regierung bekämen. Es wurde ferner gesagt: Was meinen Sie, was dann mit Marloh geschieht, er wird dann einfach glatt an die Wand gestellt. Ich habe keinesfalls gesagt, daß die Sache mit dem Brief hingiert sei. — Vorl.: Ist denn das Wahellegende nicht besprochen worden, nämlich, wo denn Marloh ist? — Angekl.: Nein, das wollte ich ja gar nicht wissen, deshalb habe ich danach nicht gefragt. Ich wollte mich ja nicht in die Sache hineinmischen lassen. — Staatsanw.: Was wollten Sie denn beim Pfarrer Rump? — Angekl.: Ich wollte mit dem Pfarrer als dem nächsten Anverwandten Marlohs über dessen Zukunft sprechen. Ich habe in dem ganzen Gespräch nur ein paar Bemerkungen machen können, denn wer den Pfarrer kennt, der weiß, daß man bei ihm überhaupt nicht zu Worte kommt, da er selbst dauernd spricht. — Staatsanw.: Was wollen Sie mit materiellen Forderungen hervor? — Angekl.: Ich will 150 000 M., ein Kittergut und eine Bekleidungskasse des Marloh haben. — Vorl.: Es ist wohl bekannt, daß Marloh am Abend des 1. Juni vom Anhalter

Bahnhof abgeholt ist. Er wurde dann am 2. September auf dem Bahnhof in Leipzig von einem früheren Untergebenen wiedererkannt, der seine Festnahme veranlaßt. Auf Vorhalt des Vorsitzenden, daß sich Marloh im Besitz falscher Papiere befinden habe, erklärt der Angeklagte, daß sich unter den vorgelegten Papieren ein Schriftstück befinde, das möglicherweise seine (Kessels) Unterschrift trage. Aus politischen Gründen habe er damals häufig derartige Schriftstücke ausgestellt, mit denen dann gewisse Ermittlungen, über die er nicht weiter sprechen wolle, vorgenommen worden sind.

Einen dreiten Raum nehmen die Erörterungen über den schon aus dem Marlohsprozeß bekannten Brief ein, in dem ein Ulaun angeklagt und angeblich Verfolgungswahnsinniger annulliert wurden. Der Angeklagte will nur gehört haben, daß der Brief von einem unbekannten Frau in seinem Bureau abgegeben worden sei. Tatsächlich habe aber, wie er später erfuhr, Leutnant Behmeyer den Brief abgegeben und dabei gesagt: „Sag Kessel nicht, daß ich hier war, sondern sag, der Brief wurde von einer unbekannten Frau abgegeben.“ — Als Rechtsanw. Kessel im Laufe der weiteren Vernehmung des Angeklagten in etwas erregtem Tone Einwendungen macht, erklärt der Vorsitzende: „Der Verteidiger, erregen Sie sich nicht, sonst kommt es wieder in die Zeitung.“ — Vorl.: Es kommt lediglich darauf an, festzustellen: ob Sie bei Abfassung des Briefes mitgewirkt haben? — Angekl.: Ich habe keine Zeugen, durch die ich beweisen könnte, daß ich nichts damit zu tun habe und ich muß deshalb durch Darlegung der ganzen Umstände beweisen, daß ich mit dem Briefe nichts zu tun habe. — Vorl.: Leutnant Behmeyer hat früher gesagt, er habe dem Angeklagten den Brief gegeben. Dieser habe ihn gelesen und mit den Worten zurückgegeben: „Das habt ihr ja gut gemacht.“ — Der Angeklagte bestreitet dies auf das Entschiedenste. — Zur Sprache kommt weiter, daß Marloh für seine Flucht einen Stammsprossen auszug auf den Namen des Hauptmanns Riegler und einen entsprechenden Kasse-Kausweil hatte. Der Auszug hat die Unterschrift v. K., dazu sind dann andre Unterschriften. — Der Angeklagte erklärt, daß er sich nicht entsinnen könnte, diese Unterschriften gegeben zu haben. Es habe sich offenbar um ein Blanko-Papier gehandelt, das für den Nachrichtendienst ausgestellt war und im Bureau leicht beschafft werden konnte. Wahrscheinlich sei die Ausfüllung in der Wohnung des Pfarrers Rump von Marloh und Behmeyer erfolgt. — Vorl.: Was wäre das für eine Gemeinheit, wenn zwei Kameraden sagen würden, dies Papier hat uns Kessel gegeben, damit Marloh wegkomme. — Angekl.: Das behauptet nur Behmeyer. — Vorl.: Marloh auch. — Angekl.: Aber erst, als er wieder in das Haus des Pfarrers Rump kam. Meine Unterschrift ist richtig, das habe ich auch immer zugestanden. — Der Staatsanwalt bezieht sich auch und beruft sich auf R. G. Grünspach, der im Saale ist und bittet, ihn abtreten zu lassen, da er wahrscheinlich als Zeuge vernommen werden wird.

Es wird dann die angeblich falsche Aussage des Angeklagten besprochen, die Kessel beschworen hat. Der Angeklagte erklärt: Kriegesgerichtsrat Meyer kam um 6 Uhr abends zu meiner Vernehmung. Ich weigerte mich zunächst, war aber auf Drängen dazu bereit. Ich habe die mir gestellten Fragen wahrheitsgemäß beantwortet. Das Beweismittel sagte ich dahin auf, ob ich Verdacht geschöpft hätte, aus dem Anruf des Generals v. Over und Marloh daraufhin gewarnt habe. Ferner ob ich wußte, wo Marloh war, als Meyer ihn verhaften wollte. Ich erklärte weiter wahrheitsgemäß, daß ich keinen Schimmer hatte, wo er am 1. Juni, dem Tage der Vernehmung war. Meyer hat mir weiter Fragen gestellt, denen ich ausweichen bin, weil ich sie nicht beantworten konnte. Ich wurde auch darauf hingewiesen, daß ich meine Aussage verweigern könne, falls ich den Marloh gewarnt oder seine Flucht begünstigt hätte. — Vorl.: Protokollführer war Ihr Adjutant Hoffmann, wer hat ihn bestellt? — Angekl.: Ich, auf Wunsch von Dr. Meyer. Ich war daher erstaus, als ich 14 Tage später von Hoffmann erfuhr, daß er derjenige war, der Marloh weggebracht hat. Ich bekam einen Todeschreck, daß er dabei gefessen und nicht gemeldet hat und sagte mir, der Junge hat sich womöglich strafbar gemacht. Da ich kein Jurist bin, fragte ich den R. G. Gerhardt, der mir erklärte, das sei ihm in seinem Leben noch nicht vorgefallen, er glaube aber, es sei nicht strafbar. — Vorl.: Strafbar ist es nicht, aber vom moralischen Standpunkt muß ich sagen, daß es als Beamter Empörung empfinden, als ich das in den Akten las. Es ist doch eine Hinterhältigkeit, die mir noch nicht vorgekommen ist. — Angekl.: Ich möchte Hoffmann in Schutz nehmen, er ist doch ein ganz junger Offizier und er wußte auch von mir, daß alle Stellen wollten, daß Marloh nicht verhaftet wurde. Als besonderes Belastungsmoment gegen den Angeklagten gilt noch, daß Marloh 2000 M. für die Reise von Hoffmann bekam, und daß der Angeklagte Hoffmann den Scheck über diese Summe am 31. Mai ausgestellt hatte. Die Anklage folgert die Macht der ganzen Affäre daraus, daß der Scheck zurückdatiert worden sei, da der Betrag erst am 2. Juni, dem Tage der Flucht Marlohs, abgehoben wurde. — Angekl.: Ich hatte für den Nachrichtendienst für die Bedürfnisse der Staffel immer größere Summen zur Verfügung, Hoffmann hatte einen ständigen Fonds von 10 000 M. und rechnete am 1. und 15. jedes Monats ab. Bei dieser Abrechnung erfuhr ich erst, daß Hoffmann den Marloh weggebracht hatte. Es ist absolut in meinem Sinne gewesen, daß er Marloh das Geld gegeben hat, nur erfuhr ich es eben erst bei der Abrechnung. Die Zurückdatierung beschränkt der Angeklagte auf sich. — Vorl.: Wir haben dem Gericht das Scheckbuch jetzt überreicht. Das ist uns ein wichtiger Beweis, der uns bisher fehlte, gegenüber der Behauptung der Zurückdatierung. Die Banken schließen um 1 Uhr, da ist es begreiflich, daß das Geld erst am 2. Juni, da ein Sonntag zweifeln liegt, abgehoben ist.

## Der Bürgerkrieg in Italien.

Einen Begriff von dem Willen der Dregsahenden Italiens, der Falschi, gibt eine Zusammenstellung, die wir nach den Mitteilungen des Avant vom 1. März über die Vorfälle dieser Weltkriege an einem einzigen Tage vornehmen. Diese Nummer verzeichnet:

Blutige Konflikte in Florenz; zahlreiche Tote und Verwundete.

Mord an einem Karabinier.

Barbarische Ermordung des Kommunisten Lavagnini.

Hefige Tumulte in Borgo S. Fediano; ein Toter ein Schwerverwundeter.

Gewalttaten in der ganzen Provinz Florenz, in Pescia, Munsummano, Chianti, Sesto Fiorentino.

Konflikte in Spezia.

San Remo: Die sog. Garde nimmt Partei für die Faschisten gegen die Sozialisten.

Pescia: Konflikt zwischen Faschisten und Anarchisten.

Ueberfall in Verzell.

Patriotische Demonstration der Faschisten in Siena.

Die Arbeitskammer von Triest von den Faschisten angezündet.

In einem Artikel über das agrarisch-faschistische Räuberwesen in Folesine (eine Landstadt in Venetien) schreibt das Blatt:

Der Faschismus will um jeden Preis für sich die Ehre in Anspruch nehmen, die politischen Kämpfe wieder nach mittelalterlichen Methoden auszutragen. Es hat den Anschein, als ob die Methoden des Faustrechts aus den Gräbern der Geschichte wieder auferstanden sind und daß die Gewalttätigkeit mit einem Zornismus austritt, der unbegreiflich ist.

Perioden heftiger Bürgerkriege verzeichnet die Geschichte häufig, aber solche Vorgänge, wie wir sie jetzt erleben, sind selten. Und damals waren andre Zeiten! Die Zivilisation hatte noch nicht die Fortschritte von heute aufzuweisen und die Zivilisation unserer Zeit, die bürgerliche, die alles überwunden hat, kann noch in ihren Reihen ähnliche Beispiele der Barbarei aufzählen.



Nach den Schreden des Krieges wieder Blut, Blut noch heut- zutage, nur, um wieder einmal darauf hinzuweisen, daß es Herren und Sklaven geben müsse. Wir stellen das fest, weil die Zeiten des Sturmes vergänglich sind, und wenn auch dieses Un- wetter vorübergegangen sein wird, und wenn die bürgerlichen Parteien in zukünftigen Kämpfen an menschliche Kampfesweise appellieren werden, wollen wir uns an all das Blut erinnern, das unnützlich vergossen worden ist, an all die namenlosen Ver- wüstungen, über die erstört muß, wer immer den Glauben hat, für eine Mission im Leben geboren zu sein.

Heute möchten wir einmal festlegen, wie die bürgerliche Presse mit äußerstem Anstand über die Taten der Faschisten be- richtet. So schreibt der Corriere:

„Hier befand sich allein bei der Erschlagung von Korresponden- ten der kommunistische Eisenbahner Spriaco Laganini, Pro- vinzialrat für den Bezirk Pontassiene. Die Faschisten schossen aus nächster Nähe mit Revolvern auf ihn, töteten ihn, zerstörten dann das ganze Mobilisat und leiteten Feuer an das Gebäude.“

Wahrhaftig, fast könnte man mit einem Gefühl des Heim- wehs an die Zeit der Barbarei denken. Aber die Zeit, der gerechte Richter, wird es dahin bringen, daß andre das Fürchten lernen, nicht wir.

### Der Siegesjubiläumswind.

Wie wir richtig vermutet haben, scheint sich nun mehr und mehr zu bestätigen, daß das Attentat auf die Siegesläufe, von dem die Berliner Presse in spaltenlangen Berichten so gewaltigen Aufsehen gemacht hat, nichts weiter als ein stummer Jubiläumswind ist. In eingeweihten Kreisen ist heute bereits allgemein als feststehend, daß kein Gedanke an ein Attentat gewesen ist. Man ist bisher sich nur noch nicht klar darüber, welchen politischen Zielen dieser ganze Kummel gedient hat. Das kommt daher, weil die beteiligten Behörden ein beharrliches Schweigen wahren und so jeden Aufklärungsversuch verhindern. Man kann deshalb nur vorläufige Schlüsse ziehen aus den gegebenen Grundlagen. Wir haben bereits die eigenartige Tatsache festgestellt, daß der Herr Entwaffnungskommissar in höchst auffälliger Weise 25000 Mk. Gehalt für eine einzige Fünfdaratsnote ausgezahlt hat. Man wird also den Herrn Entwaffnungskommissar sehr energisch fragen müssen, welche andere als sachliche Interessen ihn zu diesem seinem höchst seltsamen Verhalten veranlaßt haben. Ebenso eigenartig ist die Haltung des Preussischen Ministeriums des Innern. Das Reichs-Abendblatt hatte bekanntlich in einer kaum noch zu über- schätzenden Sensationsaufmachung damals mitgeteilt, daß mit dem Attentat eine ganze Serie politischer Verwicklungen im Zusam- menhang kämen. Weitere angebliche Dynamitfunde wurden ge- meldet. Das Leben vieler politischer Persönlichkeiten sollte be- droht sein. Das in der Presse angelegte 8-Uhr-Abendblatt hat am nächsten Tage eine Erklärung veröffentlicht, aus der ziemlich einwandfrei hervorgeht, daß es diese ganzen Schwindelgeschichten von einer vorgelegten Stelle des Polizeipräsidiums erhalten habe. Als diese vorgelegte Behörde kommt nur das Preussische Mini- sterium des Innern in Frage. Man wird also auch das Preussische Ministerium des Innern fragen müssen, in welcher seltsamen Zu- sammenhänge es mit dieser mysteriösen Schwindelaffäre des Attentates auf die Siegesläufe steht.

Berlin, 17. März. Die vom Regierungsrat Moses geleiteten Nachforschungen nach den Urhebern des Anschlages auf die Sieges- läufe haben noch immer kein greifbares Ergebnis gehabt. Jetzt ist der Verdacht aufgekommen, daß das ganze Verbrechen gar nicht ausgeführt werden sollte, sondern nur von einem schwindelhaften und belohnungswilligen Menschen „entdeckt“ und im letzten Augenblicke verhindert wurde.

### Simons gibt seine Gegenvorschläge an.

Berlin, 18. März. Die Sachverständigen, die an der Arbeit der Pariser Beschlüsse und der wirtschaftlichen Vorbereitung des deutschen Angebots in London teilgenommen haben, sprachen heute bei dem Reichsminister des Innern vor und erklärten, daß sie auf Grund ihrer Kenntnis der deutschen wirtschaftlichen Ver- hältnisse nicht nach vor der Ueberzeugung sind, daß weder die mit dem Pariser Forderungen der Entente noch die mit den beiden Londoner Angeboten der deutschen Regierung verbundenen finan- ziiellen Leistungen von der deutschen Wirtschaft aufgebracht werden könnten.

Demgegenüber erklärte der Reichsminister, daß er die Stellungnahme der Sachverständigen, wie er bereits im Reichstag betont habe, voll zu würdigen wisse, daß die Höhe der Angebote der deutschen Regierung aus politischen Erwägungen heraus be- messen worden sei, und daß sowohl die Reichsregierung als auch der Reichstag diese an bestimmte Voraussetzungen gebundenen Angebote in London nach den Ereignissen der letzten Zeit als nicht mehr bestehend und endgültig erledigt betrachten.

Herr Simons bewahrt wieder seinen alten Charakter: nach- dem er einen halbwegs vernünftigen Schritt getan, wendet er vor der klaffenden Reute der Reaktionäre zurück und tritt den Rück- zug an. Das Angebot, das er in London gemacht hat, war das einfachste, das die Grundlage zu neuen Verhandlungen bot. Der hauptsächlichste Einwand, der von den Alliierten dagegen vorge- bracht wurde, daß er an ein günstiges Abstimmungsresultat in Oberkasselen geknüpft war, dürfte sich nach den vorliegenden Ab- stimmungsmedien erledigt haben. Inzwischen hat aber Stinnes-Herren Simons wegen seines Angebots verdonnert und erörternd vor der Stimme des Abgeordneten gab Simons sein Angebot preis, erschwerte dadurch die Anbahnung einer Verständigung und läßt den Eindruck entstehen, daß der deutschen Regie- rung der Wille zur Verständigung fehlt. Aber sie möge es sich gesagt sein lassen, daß im Protestat dieser Wille sehr lebendig ist und daß es nicht gewillt ist, die Politik der passiven Resistenz, die die Regierung jetzt verfolgt, mitzumachen.

### Annahme der Reparationsbill in England.

Gegen die Stimmen der Arbeiterpartei. London, 18. März. (Reuter.) Unterhaus. Bei der drit- ten Lesung der Reparationsbill beantragte Cignes (Arbeiterpartei) die Verwerfung der Bill aus den Gründen, weil sie eine nicht löbliche Politik seitens der Alliierten darstelle, weil sie dem britischen Handel Schaden und die Arbeitslosigkeit ver- mehren würde, und weil keine genügenden Anstrengungen gemacht seien, um eine Befriedigung durch Uebereinkommen zu sichern.

In seiner Antwort rechtfertigte der Generalsekretär des Innen- wesen die Verhandlungen mit Deutschland zu Ende zu sein. Wenn Deutschland in irgendeinem Augenblicke bereit wäre, ein vernünftiges Angebot zu machen, so seien die Alliierten bereit, Verhand- lungen mit Deutschland aufzunehmen.

Darauf wurde die Bill in dritter Lesung mit 132 gegen 15 Stimmen angenommen.

### Das Pariser Abkommen gilt nicht mehr.

Paris, 17. März. In Fortsetzung der Interpellationsdebatte erklärte Ministerpräsident Briand, die Wahrheit sei, daß das Pariser Abkommen nicht mehr gilt, denn wenn es befähigt hätte, es alle Unterzeichner zu haben, Man sei also zum Friedens- vertrag zurückgekehrt. (Rebattet, Weisall.) Die Reparations- kommission arbeite an der Festlegung der deutschen Schuld. Sie könne jetzt zu einem Ziel kommen, weil die Einigung unter den Alliierten vorhanden sei. Er habe also recht gehabt, den Friedens- vertrag von Versailles mit einem fortgeschrittenen Werden zu ver- gleichen. Weil er oben die Fehler des Vertrages erkannt habe, sei es offenbar geworden, daß Frankreich nur seine Rechte erlangen könne, wenn er es den Alliierten sage, wie er es tatsächlich getan habe. Auf der Pariser Konferenz habe er die Frage der nationalen Sicherheit Frankreichs zur Sprache gebracht. Die Aufgabe der Ueberwachungskommission sollte sei schließlich. Es bliebe noch viel

es zu tun übrig. Er habe in dieser Frage den Willen des West- erkleist.

### Die französische Reparationsbill.

Paris, 18. März. Der in der französischen Kammer einge- brachte Gesetzentwurf über die Beschlagnahme eines Teils des Ver- kehrsverkehrs deutscher Waren in Frankreich bestimmt, daß die Im- porteure deutscher Waren einen Teil des Einkaufspreises, der bis zu 50 Prozent gehen könne, an den Staat abzuliefern haben. Die Höhe der Taxe wird durch Dekret festgelegt. Als deutsche Ware werden alle aus Deutschland stammenden Produkte angesehen, deren Arbeitlohn und Rohmaterialien 50 Prozent des Wertes des Fertigfabrikats betragen. Das Gesetz findet keine Anwendung auf Durchgangswaren oder Waren, die unter Zollverschluss lagern. Befreit von der Steuer sind alle Waren, deren Einkaufspreis vor dem 5. März 1921 voll bezahlt wurde.

### Wiederherstellung der Debatte in Rom.

Rom, 20. März. Die Debatte über eine würtigige Politik ist zwar von der Regierung, die eine Abstimmung über das heilige Thema vermeiden will, in die Zwangsjacke einer einfachen In- terpellation gepackt worden, ist aber trotzdem interessant verlaufen. Die Rede, mit der Graf Sforza die Interpellation beantwortete, enttäuschte, da er nur die altbekannten offiziellen Verlautbarungen wiederholte, und es fehlte bei der Erwähnung der wirtschaftlichen Sanktionen trotz seinen ausdrücklichen Vorbehalten allgemeinen Widerspruch, der die entschiedene Gegnerschaft der italienischen Kammer gegen wirtschaftliche Repressalien eindeut- lich manifestierte. Nachdem die bürgerlichen Redner ihre Un- zufriedenheit mit dem italienischen Anteil ausgedrückt hatten, unternahm die Sozialisten Cicotti und Treves einen prin- zipiellen Angriff gegen die Sanktionen. Cicotti warf der Regierung vor, sich um ein Vorkriegsrecht den Franzosen verschrie- ben zu haben, die entgegen den fundamentalen italienischen In- teressen das Rheinland loslösen und die Wirtschaft Deutschlands ver- gewaltigen wollten. Treves führte aus, die Wiederherstel- lung müsse das gemeinsame Werk der Sieger und der Besiegten sein. Deutschland habe bereits allen Kapitalbesitz hergegeben und könne daher nur durch Arbeitsleistungen zahlen. Das inter- nationale Proletariat müsse die Verklammerung des deutschen Pro- letariats, die das Entente-Kapital beabsichtige, verhindern. Der neue Dreieck sei ein schlimmer Ausbeuter als der alte. Mit der Drohung, die Sozialisten müßten die Ordnungspolitik zur Plattform des Wahlkampfes machen bei der Kammerauflösung, die sicher bevorstehe, schloß Treves seine wirkungsvolle Rede.

### Aus den neubestehenden Gebieten.

Berlin, 19. März. Der Bahnhof Hannover, der bisher von einigen Offizieren und Mannschaften der Alliierten besetzt war, ist geräumt worden. Der Bahnhof Hannover-Kummlitz blieb nach wie vor besetzt. Auf dem Güterbahnhof Oberhausen-Weiß wurden heute durch die dort liegenden Truppen etwa 20 Wagen eines Kohlen- zugs, der für die Alliierten bestimmt war, zurückgehalten, weil die Kohle dieser Wagen angeblich zu schlecht war. Heute mittag erschien bei dem Bürgermeister in Walsum ein Panzerauto. Der Bürgermeister und der Polizeikommissar wurden verhaftet, angeblich, weil sich in ihrem Besitze einige Patronen befunden haben sollen. Ferner erschien heute bei dem Arzt in Walsum ein belgischer Offizier und teilte ihm mit, daß er sich sofort von seinem Grundstück entfernen müsse, da dieses für die Besatzungstruppen beschlagnahmt sei.

Paris, 19. März. Eine Havasmeldung besagt: Zeitlichster- weise halte man die Ausdehnung der interalliierten Besetzung auf das rechte Rheinufer gemeldet. Ramentlich sind Oberhausen, und Mühlheim nicht besetzt worden. In Wirklichkeit handelt es sich nur um eine Besetzung von zwei Punkten, der einen westlich von Speldorf auf der Straße nach Mühlheim, 2 Kilometer entfernt, des andern südlich von Oberhausen auf der Straße nach Oberhausen, um den Bahnhof von Oberhausen-West zu überwachen, der übrigens ziemlich weit von der Stadt entfernt liegt. Da man erkannt hatte, daß der Standpunkt dieser Ueberwachungsposten schlecht gewählt war, hatte man sich entschlossen, sie zu verlegen. Diese Truppen- bewegung kann also keineswegs als eine Ausdehnung der Be- setzungszonen bezeichnet werden.

Anmerkung des W.B.: Aus diesen gewundenen Erklärungen geht nur das eine mit Sicherheit hervor, daß die deutschen Presse- meldungen wahr sind, und daß die Ententeuppen tatsächlich in dem Bestreben, wichtige Eisenbahnknotenpunkte in ihre Hand zu bekommen, die Besetzung über die in den Londoner Sanktionen genannten: Städte Düsseldorf und Duisburg-Kuhbrunn ausgedehnt haben. Die Reichsregierung wird, wie wir erfahren, wegen dieses neuen Willküraktes erneut Protest erheben.

### Besprechungen in Berlin.

Die Ausfuhrfrage soll nicht zurückgelassen werden. Berlin, 19. März. Heute fand im Reichswirtschaftsministerium eine Besprechung mit dem Chef der wirtschaftlichen Ressorts der Länder statt, zu der auch die Vertreter der beteiligten Reichs- ministerien hinzugezogen waren. Außer der wirtschaftlichen Lage im allgemeinen wurde insbesondere die Auswirkung der Gewalt- maßnahmen der Entente auf die deutsche Wirtschaft besprochen.

Hinsichtlich der 50prozentigen Abgabe stellten sich insbesondere der preussische Handelsminister und die Vertreter von Bayern, Thüringen und Hamburg auf den Standpunkt, daß von einer Erhöhung der von den beteiligten Ententestaaten ein- behaltene 50 Prozent durch das Reich für die Zukunft nicht die Rede sein dürfe. Ob und inwieweit wegen der laufenden Ver- träge den beteiligten Firmen eine Stützung zu gewähren sei, be- dürfte noch einer weiteren Prüfung.

Dieser Standpunkt fand die einmütige Zustimmung der Versammlung. Dringt die Auffassung, die von den Ministern vertreten wurde, durch, so bedeutet das die vollständige Befreiung des deutschen Exportes nach den Ententestaaten, die die Ausfuhrfrage erheben werden.

### Deutsche Wiederaufbauvorschläge.

Berlin, 19. März. Im Wiederaufbauministerium fand heute unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Müller eine Beratung über die Frage der Beteiligung Deutschlands an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs statt, zu der das Wiederaufbau- ministerium außer den beteiligten Ministern eine Reihe von Sachverständigen aus den Kreisen des Wirtschaftslebens, insbe- sondere der Gewerkschaften und der Bauindustrie, eingeladen hatte. Staatssekretär Müller gab einen Ueberblick über die von den verschiedenen Seiten dem Wiederaufbauministerium gemachten Vorschläge für den eigentlichen Wiederaufbau, die in drei große Gruppen eingeteilt werden könnten. Einmal Vorschläge, die die Schaffung einer zentralen Organisation vorsehen (Deutsches Reich als Generalunternehmer, internationales Aufbaubüro). 2. Vorschläge, die darauf hingehen, daß Deutschland sich durch Subunternehmer an dem Wiederaufbau beteiligt und schließlich solche, die das Aufbauprogramm in ein Uebertragungsprogramm um- wandeln wollen.

### Französische Wiederaufbauverhandlungen.

Paris, 21. März. Am heutigen Montag findet auf Ver- anlassung des Allgemeinen Arbeitsverbandes C. G. T. ein außergewöhnliches französisches Kongress statt, an dem nicht nur Vertreter der Gewerkschaften, sondern auch Ver- treter der kommunalen Verwaltungen, der Genossenschaften und sonstiger Vereinigungen teilnehmen, die sich mit dem Wieder-

aufbau in Frankreich beschäftigen. Der Kongress soll die Wirt- schaft haben, in großen Zügen ein Wiederaufbauprogramm fest- zulegen. Nach dem Journal haben folgende Städte in Ost- und Nordfrankreich ihre Beteiligung an den Beratungen angekündigt: St. Quentin, Comaume, Lens, Roubaix, Laon, Vermaux, Solignoy, Reims, Arras, Chateau Thierry, Senlis und andre mehr.

### Die deutsche Regierung rückt von Seecht ab.

DA. Paris, 19. März. Wie die Pariser Blätter melden, hat die deutsche Regierung der französischen Politik ihr Bedauern über die von Frankreich beanstandete Rede des Generals Seecht zum Ausdruck gebracht.

### Beseitigung der Staatskontrolle im englischen Kohlenbergbau.

DA. London, 18. März. Das Unterhaus nahm das Gesetz zur Beseitigung der Staatskontrolle im Kohlenbergbau in dritter Lesung an. Nach dem Vorkauf des Gesetzes endet die staatliche Bergbaukontrolle am 31. März. Von Seiten der Arbeiter- partei wurde dem Gesetz in allen parlamentarischen Stadien schärfste Opposition gemacht. Ihr Führer Dambson gab noch bei der Debatte in dritter Lesung seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß das Gesetz schwere Erschütterungen für den britischen Kohlenber- gbau in naher Zukunft mit sich bringen werde.

### Deutschland.

#### Abreise der letzten deutschen Kriegsgefangenen aus Sibirien.

Am 2. März hat der Dampfer Gajarat mit 523 reichsdeutschen Kriegsgefangenen Wladivostok verlassen. Er fährt über Scharang, Sabana, Colombo, Port Said nach Ägypten, wo er in den ersten Apriltagen eintrifft. Von Triest aus werden die Gefangenen auf dem Landwege nach dem Rückfeld in Bayern über- geführt und nach zwei- bis dreitägigem Aufenthalt in dem Lager in die Heimat entlassen. Mit der Rückkehr dieser Gefangenen ist ganz Sibirien bis auf einzelne Bergpässe von deutschen Kriegsgefangenen geräumt. Die deutsche Kommission kehrt im Laufe des März gleichfalls nach Deutschland zurück.

#### Die Polizei ohne Musik.

Die Mitteldeutsche Zeitung, die in Erfurt erscheint, schreibt zu dem Bericht Hörtling, daß die Polizei keine Musikkapelle mehr haben darf: Herr Hörtling hat die Musik der Erfurter Kavallerie der Schutzpolizei verboten. Warum? Weil die Musik „lang und alt und nicht zuletzt aus dem weiblichen Teil militärisch und somit verächtlich“ sei.

Dazu wird von anderer Seite erklärt: Diese Darstellung ist völlig unrichtig. Eritisch durch die schwebende Finanzlage Preußens, vor allem aber infolge der Ententebestimmungen darf die Schutzpolizei nur eine ganz bestimmte Anzahl von Kräften umfassen. Deshalb wurden die Musikkapellen als staatliche Einrichtungen nicht mehr anerkannt und aufgelöst. Infolgedessen dürfen die Beamten auch nicht mehr in Uniform und geschloffen als Musikkapelle auftreten. In Erfurt ist dies demnach geschehen. Oberpräsident Hörtling hat sich dadurch gezwungen gesehen, diese Veranordnungen zu verketten.

Die Musikkapellen können selbstverständlich beibehalten werden, wenn sie von den Beamten rein privat gebildet werden und ihren Dienst nicht betreiben. Sie dürfen dadurch keinen Nebenverdienst haben und die Berufsminister der betreffenden Orte nicht in ihrem Erwerb benachteiligen.

#### Erhöhung der Zuckerration?

In der letzten Sitzung des Ausschusses des Reichswirt- schaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung wurde nach längerer Erörterung einstimmig folgender Antrag angenommen: Die Reichsregierung wird ersucht, die Zuteilung an Verbrauchs- zucker für die Bevölkerung auf dasjenige Quantum zu erhöhen, das bei gerechter und billiger Verteilung der diesjährigen Ernte entspricht.

Zur gleichen Zeit, da die Regierung im Reichstag die Vor- lage auf Erhöhung der Zuckerration von 14 auf 100 Pfd. pro 100 Kilogramm einbringt, eröffnet sie uns die Aussicht auf eine Er- höhung der Zuckerration. Es klingt wie Hohn; was nützt den Ver- tretern die Erhöhung der Ration, wenn gleichzeitig die Preise so erhöht werden, daß sie selbst die letzte gängliche unzulängliche Ration kaum mehr erschwingen können?

### Kleine Auslandsnachrichten.

#### Neue Kämpfe in Irland.

Aus Dublin wird berichtet: Acht Kraftwagen mit Polizisten und Soldaten fielen am Sonntag bei Cross Barrow in einen Hinterhalt der Angreifer, rund 500 Sinnfeiner, wurden in die Luft geschlagen. Die Polizisten und Sinnfeiner hatten je einen Toten und neun Verwundete.

#### Eine „revolutionäre“ Aktion in Spanien.

Die Einwohner des Dorfes Fuente de Cantos (Spanien) An- hänger des Sowjetismus, haben sich der unbedeutenden Län- dereien bemächtigt und sie verteilt. Die Landesbesitzer gehören vertriebenen Großgrundbesitzern. Die Leute brachten 30 Kühe und genügend Futter mit und begannen sofort mit der Uebarmachung. Am 4. Tag verhaftete die inzwischen unabhängige Gendarmerie 33 von ihnen.

#### Kämpfe zwischen Franzosen und Marokkanern.

Nach einer Havasmeldung aus Rabat ist eine Erkundungs- kolonne in der Gegend von Mexan von 200 Angehörigen des nicht unterworfenen Stammes der Beni Melegra angegriffen worden. Der zurückgeworfene Feind habe große Verluste erlitten. Darunter mehr als 100 Tote. Die Verluste der Franzosen betragen 34 Tote, darunter 3 französische Offiziere. Die Verwundeten der Franzosen betragen 74, darunter 3 französische Offiziere und 15 französische Soldaten.

### Von Nah und Fern.

#### Ueberfall auf ein Berliner Postamt.

Berlin, 21. März. (T.M.) Die Beamten des Postamtes Nr. 34 in der Kolonnenstraße wurden heute nacht von vier maskierten Verbrechern überfallen und gefesselt. Die Räuber erbrachen einen Geldschrank und raubten 1300 000 Mark. Die Oberpostdirektion hat eine Belohnung von 20 000 Mark für die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

### Letzte Nachrichten.

#### Generallstreik im Mansfelder Gebiet.

Halle (Saale), 21. März. (W.B.) Infolge der Besetzung des Industriekreises im Regierungsbezirk Merseburg durch die Schutzpolizei, die Sonnabendabend begonnen hat, wurde die Mansfelder Arbeiterpartei den Truppen ein Ultimatum, das Sonntagmorgen 4 Uhr abließ. Da es nicht beantwortet wurde, hat heute früh der Generallstreik begonnen, der sich weiter auszu- dehnen scheint. Die Streikleitung erläßt einen Aufruf, in dem die Besetzung als Beginn der weichen Kampagne bezeichnet und die Arbeiterpartei zum Generallstreik bis zur vollständigen Vertreibung der Schutzpolizei aufgefordert wird.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fischer in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Weller, Sorsdorf-Leipzig. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig. Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.



## Frühjahrs- und Sommer-Neuheiten

**Herrn-Anzüge**  
nur gute Qualitäten in modernsten Formen  
m. 790.- 690.- 590.- 490.- **375<sup>00</sup>**

**Jünglings-Anzüge**  
schöne Formen in feinen Mustern  
m. 650.- 550.- 450.- 425.- **350<sup>00</sup>**

**Elegante Schläpfer und Covercats**

**Maß-Anzüge**  
Homespun-, Kammg.- u. Chenille-Stoffe. Die neuesten, modernsten Muster. Gute Entaten in feiner Verarbeitung  
m. 1350.- 1250.- 1150.- 1050.- 950.- **850<sup>00</sup>**

**Gebrüder Rockmann**  
Leipzig-Rendn., Dresdner Str. 75

Bevor Sie in die Stadt fahren,  
prüfen Sie bitte meine Angebote!

## Gelegenheitskäufe in neuester Frühjahrs-Damen-Konfektion

Damen-Frühjahrs-Mäntel . . . 269<sup>00</sup> | Damen-Frühjahrs-Kostümröcke 44<sup>75</sup>  
395.- 295.- | 54.- 79.-  
Damen-Frühjahrs-Kostüme . . . 295<sup>00</sup> | Kinder-Guch-Kleider für 8 Jahr 109<sup>00</sup>  
675.- 495.- | für 11 Jahr 149.-

Ein Posten Weiße Wasch-Blusen, Ia.-Stoffe 58<sup>00</sup>

Weisse Damen-Hemden 26.75. Weisse Damen-Belnkleider 26.75. Weisse Damen-Stickerel-Unterröcke 49.-

Auf alle diese Angebote gewähre ich bei Barzahlung gegen Ausschnitt dieses Inserates 5 Prozent.

**Mäntel-Richter G.-Plagwitz,**  
Eschochersche Str. 42

**Spottbillig**  
Getragene und neue

## Anzüge und Hosen

nur prima Qualitäten und feinste Schneider-Arbeit auch Herren-, Damen- und Kinderschuhe kaufen Sie wie altbekannt beim billigen

**Kanner**  
Sisenbahnstr. 5  
Laden.

Verband der

## Gemeinde-u. Staatsarbeiter

Ortsverwaltung Leipzig

Volkshaus (Saalgebäude), Geschäftszeit: 8-10 Uhr vormittags, 12-1 Uhr nachmittags, Donnerstags und Freitags 4-6 Uhr nachmittags.

Mittwoch, den 23. März, abends 7 Uhr  
im Volkshaus - Café

## Bersammlung der Betriebsräte, Funktionäre u. Vertrauensmänner d. Verbandes

Tagesordnung:  
1. Bericht von der Berliner Konferenz zur Vorbereitung des Reichsmantel-tarifcs. 2. Bericht von der Tagung der Landstarikkommission und der Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband. 3. Verschiedenes.  
Ohne Mitgliedsbuch oder Karte kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

## Ämtliche Bekanntmachungen.

**Nährmitteloerteilung.**  
Marken 17 R der allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe R 250 g ausland. Weizenmehl (2.25 Mt) Markenabgabe: Verbraucher bis 22. 3., Kleinbändler an Obmann bis 23. 3. Bezugscheinentnahme 24. 3. in der üblichen Weise. Warenentnahme durch die Verbraucher bis 5. 4. Ernährungsamt Leipzig, am 19. März 1921.

## K.V.G., Ditttrichring 3a

**Städtische Kleiderstclle.**  
Zum Verkauf kommen gegen Haushaltskarte und Wohnungsschein  
getragene Militär-Schnür- und Schafstiefel, sowie Bergstiefel, besonders für Bahnarbeiter geeignet. Außerdem Holzschuhe, Größe 45/46. Ferner Männer-Zivil-Mäntel aus Militärstoff, 6.50 Mt., Anaben-Joppen aus Militärstoff, für 3-5 Jahre, 24 Mt., Kinder-Hemd-hosen mit und ohne Vermeel, für 5-12 Jahre, 7.50-11.00 Mt., Mädchen-Deckelböhmen für 4-7 Jahre, 8.50 Mt., Männer-Weiten, aus schwarzen Militärstoff, 15 Mt.  
Geschäftszeit 9-4 Uhr. - Sonnabends 9-3 Uhr.  
Kleider-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H. Kleiderstclle der Stadt Leipzig.

**Tausch.** Ausgabe von 25 Pf. Kartoffeln auf den Kopf und auf die Zeit bis 3. April Dienstag, vorm. 8-12 Uhr, im Lager-haus. Preis: 32 Pf. für das Pf. Der Stadtrat.

## Sängerchor Leipzig-Zentrum-Süd

Leipz. Männergesangsverein: Männer / Südkor. Männerchor  
Dienstag, 22. März, abds. 8 Uhr, im Volkshaus-Café  
**Übungsstunde.**

Schreiches Erscheinen ist notwendig. Die Chorleitung.  
Gruppen S. M. Montag, 21. März, abends 7 Uhr, Gambrius, Connewitz.  
**Freibender, Kleinschöcher.** Mittwoch, den 23. März, abds. 8 Uhr, im Bürgergarten, Windorfer Str. 28: **Öffentliche Gründungsversammlung.** Alle in Kleinschöcher wohnenden Mitglieder, alle aus der Kirche ausgeschiedenen und freibekennenden Proletarier werden erwartet. An-meldungen, auch zur Feuerbestattungsstelle, werden dort angenommen.

## Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Leipzig.

**Mitgliederversammlung** Dienstag, den 22. März, abds. 7 Uhr, im großen Saal des Volkshauses. Tages-ordnung: Stellungnahme zum Offenen Brief der D. A. F. D. - Mitgliedsbücher sind vor-zulegen. Die Ortsverwaltung.

## Verband der Steinseker

und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Zentrale Leipzig

Mittwoch, den 23. März, nachmittags 5 Uhr  
im Volkshaus

**Versammlung**  
Tagesordnung:  
1. Vortrag über das Betriebsrätesystem.  
2. Gewerkschaftliches.  
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

**Geschäfts-Üebcrnahme.**  
Unser werter Kundschaf, Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß wir am heutigen Tage das Leipzig-Kleinschöcher, Guthraer Str. 12D gelegene

## Lebensmittelgeschäft

von Herrn A. Lippert übernommen haben.  
Es wird unser eifriges Bestreben sein, stets mit guter und preiswerter Ware zu dienen.

Sachstungswoll  
**Franz König und Frau.**

## Gegen Würmer

hat sich Wurmfeind als  
Mittel Nr. 67. und  
Kinder vorzüglich bewährt.  
Für echt König Salomo-  
Apothekc, Leipzig.

## Achtung!

Um dem Mittelstande und der arbeitenden Klasse ein billiges und doch schönes  
**Frühjahrskleid und Bluse**  
zu verschaffen, gelang es meinen Bemühungen, in meinem en gros-Geschäft  
einen großen Posten

# Seidenwaren

erster Qualitäten zu billigsten  
Preisen und in allen Farben  
herein zu bekommen, welchen ich hiermit  
ausnahmsweise auch im

## Kleinverkauf

einem sehr geehrten Publikum anbiete.

Verkauf ab 9 Uhr vormittags.  
Besuchen Sie bitte mein Lager.

# T. Fogel

Katharinenstraße 17, I.

Seiden-, Sammet- u. Baumwollwaren en gros  
Import - Export.

## U.S.P.O. Gross-Leipzig

Mit-Leipzig, Süden. Dienstag, den 22. März, abends 8 Uhr, **Bezirksversammlung** im Volkshaus (Gesellschaftssaal). Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahlen. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet Die Bezirksleitung.

## Sonder-Angebot für Hausfrauen!

**la Prima Margarine** per Pfd. 9.20 Mk.  
bel 5 Pfd. 9 Mk.  
Originalkisten von 20 Pfund billiger, verkauft

**Mundt & Co.**  
Leipzig, Gerberstr. 60, Hof.

## Familien-Nachrichten

Heute verschied nach langem Leiden unsere gute Mutter, Großmutter, Urgroßmutter und Schwiegermutter, Frau

## Friederike verw. Härtel

L. Lindenau, den 20. März 1921  
In ergebener Trauer zeigen dies an  
**W. u. Osw. Härtel**  
im Namen aller Hinterbliebenen.  
Beerdigung findet am 23. März, vorm. 11 Uhr, von der Kapelle des Lindenauer Friedhofes aus statt. Etbl. sügd. Blumenpenden bitte dal. niederzulegen.

Allen Lieben Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Sonntag früh unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter,

## Frau Emilie verw. Stiegler

geb. Schneider  
im 71. Lebensjahr ruhig und sanft entschlafen ist.  
Leipzig, Wahlmannstraße 1-3  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Beerdigung findet Mittwoch, den 23. März, von der Kapelle des Lindenauer Friedhofes aus statt.

Sanft und unerwartet verschied am 18. März, abds 10 Uhr, unser lieber Sohn, Bruder und Schwager

## Artur Paul Pöschel

im 27. Lebensjahre.  
L. Lindenau, Queckstraße 11, I. I.  
In herben Schmerze  
**Wilhelm Pöschel u. Frau Anna geb. Bloner**  
**Willy Geißler u. Frau Gertrud geb. Pöschel.**  
Beerdigung findet Mittwoch, 23. März, vorm. 10 Uhr von der Kapelle des Lindenauer Friedhofes aus statt.

Am 19. März verschied nach schwerem Leiden mein lieber guter Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, Onkel und Schwager, der Sandhändler

## Friedrich Wilhelm Hass, Hesselbarth

im vollendeten 72. Lebensjahre.  
L. Lindenau, Uhlendstraße 7, II. r.  
**Lina Hass, Hesselbarth geb. Fehrmann**  
nebt Angehörigen u. trauernd. Hinterbliebenen.  
Beerdigung Mittwoch 11 Uhr vom Trauerhaus Lind.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 21. März.

Parteiangelegenheiten.

Parteileitung, Kartellauskunft und Propagandakommission. Dienstag, den 22. März, nachmittags 5 Uhr, gemeinsame Sitzung im Speisesaal der Volkszeitung, Tauhaus Straße 19/21. Pünktlich erscheinen. Bezirksleitung der USF, Leipzig.

Kleinshopper. Dienstag, den 22. März, abends 7/8 Uhr, im Jugendheim Besenbender für Genossen und Genossinnen.

Thonberg-Stätterei. Dienstag, den 22. März, abends 7/8 Uhr, Frauendiskussionsabend im Restaurant Stadt Hof, Ecke Hofer- und Stätterer Straße. Genossin Plattke spricht über die Paragrafen 218 bis 220 des Str.-G.-B.

Unterbezirk Ost II (Tauhaus und Umgegend). Mittwoch, den 23. März, abends 7/8 Uhr, Bezirksfunktionärsitzung im Goldenen Löwen. Neuherst wichtige Tagesordnung. Der Vertrauensmann.

Jugendweih.

Am gestrigen Vormittag feierten annähernd 1300 Kinder im Saal des Palmengartens in zwei großen Festveranstaltungen die Jugendweih. Das Arbeiterbildungsinstitut, die Freireligiöse Gemeinde, der Monistenbund und der Zentralverband der proletarischen Freidenker hatten ihre Veranstaltungen gemeinsam geistert, um den Feiern ein würdiges, impolantes Gebräuge zu geben. Die äußere Ausgestaltung des Festes lag in den Händen des Arbeiter-Bildungsinstitutes, das die schwierige Aufgabe, diese Massenveranstaltungen künstlerisch-harmonisch auszustatten, glücklich gelöst hat. Der schöne Saal mit seinem wunderbaren Ausblick auf das Palmengartenhaus gab einen würdigen Rahmen für das Fest, und das lichtvolle Grün der Palmen symbolisierte so recht die heitere Lebensbejahende Weltanschauung der Versammelten.

Im Mittelpunkt der Veranstaltungen stand die Feierteil. Herr Prof. Beck führte aus, daß der Mensch als die höchste Spitze der natürlichen Entwicklung Herr der Natur, der Kultur und Herr seines Lebens ist. Den Zweck des menschlichen Daseins suchen wir nicht in einer einseitigen Welt, sondern allein in der allseitigen Ausgestaltung des menschlichen Lebens. Dazu ist notwendig die körperliche Erleichterung, die Fortbildung des Geistes und der Kampf gegen alles Leid, das dem menschlichen Dasein droht, und das seine Kräfte in der mangelnden Organisation der Gesellschaft hat. Wo der Einzelne dem Kampf nicht gewachsen ist, muß er ihn im Zusammenschluß mit Gleichgesinnten führen.

Die künstlerische Ausschmückung der Feier war einwandfrei. Die einzelnen Künstler boten das Beste. Der Gesamtindruck der Feier hat sowohl bei den Schulklassen als auch bei ihren Eltern und Angehörigen die besten Wirkungen angeregt, wie die frohen Gesichter der Beteiligten deutlich erkennen ließen. Die Jugendweih erobert sich in ihrer Gesamtheit weit über den Rahmen der üblichen Konfirmationsfeiern, was den antistatistischen Bestrebungen für die Zukunft nur von Vorteil sein kann.

Arbeitende Jugend, die du zu Ostern 1921 die Schule verläßt — sei gegrüßt!

Die Ihr heist die jüngsten Triebe In der Menschheit Baume sein, Vernt des Lebens Ernst verstehen, Hört den großen Ruf der Zeit!

Ein wichtiger Schritt steht euch bevor. Ihr sollt zu Ostern die Schule verlassen. Ihr müßt arbeiten! Ihr tretet viellecht auch in eine Lehre ein. Wir sagen als Arbeiter: „Der Kampf um das Dasein beginnt.“ Ich, was red' ich da von Kampf und Arbeit. Dies ist ja bei uns jungen Brauseköpfen Reihenfolge. Nein — fröhlich, lustig wollen wir sein und mit unserm verdienten Geld das Leben genießen — und den Eltern in ihren Sorgen Erleichterung schaffen. Ja, ja, frei wollen wir sein, gleichberechtigt mit unsern erwachsenen Klassenbrüdern. Ach, wir alle freuen und freuen uns mal auf diesen Tag, wo wir frei von dem Schulzwang wären, wo wir selbst erwachsene, junge Männer, junge Mädchen werden sollten! So wie zu Ostern sich die Natur erneuert, indem sie ihr schönes grünes Gewand anlegt, so wollen wir „neue Menschen“ werden. Überhand Träume, selber auch sehr oft der Tausch, die Zigarette und die leichtsten Kino- und sonstigen Vergnügen umgaulen uns. Doch, meine lieben Freundinnen und Freunde, seid gefaßt, denn ernst ist das Leben. Wir, die wir unsre Schulleistungen nicht lange hinter uns haben, wir können es euch versichern. Schwer fiel uns und wird euch das schwere und lange Arbeiten fallen. Wenn dann draußen die Sonne lacht und die Vögel zwitschern, dann denken wir an unsern Hof, an unsern Schrebergarten und Spielplatz, wo wir uns lustig tummelten und haschten und mit Spiel die Zeit vertrieben. Wo ist sie hin, die schöne Zeit? Gehen wir dann abends mit unserm leeren Korb nach Hause, so sind wir müde, abgesehen und außerdem geht der Tag bald zu Ende. Ja, ich weiß schon, meine Lieben, ihr sagt: „Ich werde nicht müde!“ Ja, und viel Geld verdiene ich und ich kann mir kaufen was ich will. Doch auch da werdet ihr bald eine Enttäuschung erleben, denn viel zu wenig ist das Geld und ihr werdet unzufrieden. Dann, wenn Sonntag ist, wißt ihr nicht was ihr tun und treiben sollt und ihr landet schließlich im Tanzsaal und Kino, wo man euch euer lauer verdienten Geld abnimmt und wo ihr trotzdem keine rechte Freude findet. Da möchten wir nun mit dem Dichter sagen:

Weißt dem Guten euer Leben, Tretet ein in unsre Reih'n, Und wir woll'n im Kampf und Streben Schwestern, Brüder, Freunde sein!

Ja, tretet ein in unsre Reih'n! Ja, wer sind wir denn? Nun, das ist ihr unten am Schluß. Wir sind lauter junge Burken und Mädels, Arbeiterkinder, die etwas älter sind wie ihr und die sich zusammenschließen, organisiert haben. Hakt, organisiert? Warum denn? Mein Vater ist wohl im Verband organisiert, aber ich, ich habe noch keine Lust, denn ich hasse allen Zwang! Ja, meine lieben Freunde und Freundinnen, seht komme ich zu dem, worüber ihr euch mit uns freuen werdet. Ihr werdet aus diesen Gründen heraus gern aus der Schule gehen, denn ihr wollt ja nicht immer Kinder bleiben. Ihr müßt arbeiten im Kontor, in der Werkstatt oder sonstwo, um zu verdienen. Dort werdet ihr euch wundern, daß die, die nichts tun, nämlich die Besitzer der Fabriken, wir sagen die Unternehmer oder Kapitalisten, am meisten verdienen. Ihr werdet mit den andern älteren Arbeitern kämpfen. Es soll anders werden — aber wie? Ja und seht, meine Lieben, habe ich euch dort, wo ich euch hin haben möchte. Wir sind Teile einer Klasse, und zwar der Arbeiterklasse, oder man kann auch sagen des Proletariats. Unsere alten Klassen-genossen kämpfen nun schon lange, daß es für das Proletariat besser werden sollte. Ein Teil, und zwar der gute, der Arbeiter-kraft also kämpft für eine Besserstellung der ganzen Klasse, nämlich für den Sozialismus. Was Sozialismus ist, könnt ihr bei uns erfahren! Ja, aber weiter, wir sind doch nun auch Arbeiter, aber ganz junge, und wir merken die lange Arbeitszeit und das andre Unschöne ja doppelt, und auch wir wollen, besonders als

Jugend, daß es uns als Jugend einmal besser gehe. Das ist, was wir in unserm Verein wollen: Wir wollen uns Klarheit verschaffen und dann mit dieser klaren Erkenntnis in den Kampf ziehen.

Merke uns zu allen Zeiten Niedrer Sinn und Faulheit sei, Wollen durch das Leben schreiben. Klar und aufrecht, stolz und frei!

Klar wollen wir uns werden, wie wir zum Sozialismus kommen, also Sozialisten wollen wir werden. Kommt zu uns, wir lernen es mit euch und wir — kämpfen dann mit euch. Dann werden euch die Parteien, wie z. B. Sozialdemokratische und kommunistische und unabhängige, verständlich werden. Aber nicht nur kämpfen und lernen wollen wir, sondern fröhlich sein. Die wahre Freude soll uns beherrschen. Mit unsern Schwestern zusammen wollen wir spielen und lachen, ja sogar tanzen — keinen Schieber usw. — sondern alles ganz natürlich, ungewungen. Wir wandern, um Menschen, Länder und Natur kennen zu lernen. Wir lassen uns Vorträge halten und Musik vorspielen und schaffen uns schließlich selbst eine Laute oder Mandoline an. Aber zusammen wollen wir alles unternehmen, den Kampf gegen unsre Ausbeuter, gegen die Unternehmer, gemeinsam wollen wir Sozialisten und Kämpfer werden und gemeinsam schließlich wollen wir fröhlich und lustig sein. Gemeinsam darum, weil wir einzeln nichts sind und vereint alles, nämlich eine unüberwindliche Macht. Alle Arbeiterbrüder und -Schwestern, die ihr zu Ostern die Schule verlaßt, seid uns gegrüßt!

Wollen alle uns verbinden Und gemeinsam Hand in Hand Wege suchen, Wege finden In der Zukunft Sonnenland. Weist dem Hüter euer Leben, Tretet ein in unsre Reih'n Und wir woll'n im Kampf und Streben Schwestern, Brüder, Freunde sein!

Die Sozialistische Proletarier-Jugend im Freistaat Sachsen.

NB. Zuschriften sind an die Bezirksleitung der USF, im Freistaat Sachsen, Leipzig, Braustraße 17, pl., zu richten. Genossen und Freunde unserer Sache, die aus Orten stammen, wo noch keine Ortsgruppe besteht, sind wir, möchten wir mit uns wegen Gründung einer solchen in Verbindung setzen. Fritz Kühn, Bezirksvorsitzender.

Sitzung des Kreis Ausschusses.

Die Erhebung der Bezirksumlage durch den Bezirksverband Leipzig auf die Rechnungsjahre 1920 und 1921 wird genehmigt. Für diese Umlage ist nicht die Staatseinkommensteuer, sondern die Gemeindeeinkommensteuer als Maßstab genommen. — Ein Antrag zum Ortsgrundgesetz für die Stadt Borna, über die Berechtigung des Rittergutsbesitzers zum Ritterstand, wird abgelehnt. — Erhöhungen der Hundesteuer werden für Gethain, Burgstädt, Borna und Wurzen genehmigt, für die Stadt Leipzig aber beanstandet. Die Erhöhung für den ersten Hund von 36 auf 120 Mk. erscheint dem Berichterstatter, Freiherr von Der, zu hoch. Selbst die Regierung habe in einer Verordnung das Halten eines Hundes als Maßnahme eines sorglosen Hausvaters bei der jetzigen Unsicherheit des Besitzes erklärt und daraufhin für Zwölfa die Zustimmung zu einer Steuer von 96 Mk. verweigert. Herr v. Der hält die Steuer für eine Härte für den Mittelstand, namentlich für einzelstehende Damen und Herren, die im Grunde ihren einzigen Freund sehen! In einer Eingabe von Hundebesitzern aus Lindenau wird gegen die Besteuerung von Zughunden mit dem Bemerkung protestiert, wenn ein Zughund 120 Mk. Steuer kostet, dann müßte ein Zupfer, das zehnmal mehr leiste, auch mit 1200 Mk. besteuert werden. Da der Referent bemängelt, daß für Hundesteuer die Steuer ermäßigt werden kann, führt Berichterstatter Seger-Leipzig aus, daß diese „Kann“-Vorrichtung aufgenommen sei, weil vielfach ein Hund als Waghund angegeben wird, um sich der Steuer zu entziehen. Die Steuer wird in Leipzig gewiß nicht rigoros gehandhabt werden. Außerdem sei sie mit dem gestunkenen Geldwert begründet worden. Es wird gegen die Stimme des Berichterstatters Seger-Leipzig beschlossen, die Hundesteuer für Leipzig zu beanstanden und beim Ministerium zu beantragen, als Steuerbetrag für den ersten Hund 80 Mk. festzusetzen.

Nach den Vorschlägen des Landeskulturrates wird die Wahl von Beisitzern zu den Nachtintendanten vorgenommen. — Für Wurzen wurde noch der Erhebung einer Liegenschaftsteuer gestimmt, aber der geplanten Wohnungsluxussteuer als zu hoch die Genehmigung verweigert. Nachdem für Hartha, Burgstädt und den Bezirksverband Döbeln noch die Grundsteuer genehmigt wurde, erhielt der Elektrizitätsverband Borna-Grimma-Nachitz die Genehmigung zur Aufnahme eines Darlehens von 4 Millionen und Döbeln zur Aufnahme eines solchen von 500 000 Mk. — Hieran schloß sich eine nichtöffentliche Sitzung.

Der Reiseverkehr zu Ostern. Die Eisenbahn-Generaldirektion Dresden schreibt uns: Im Hinblick auf den während des Osterfestes zu erwartenden stärkeren Reiseverkehr wird zur Verhütung der sonst unvermeidlichen Störungen bei den Fahrkartenausgabe- und Gepäckannahmestellen der größeren Bahnhöfe empfohlen, bereits am Tage vor der Abreise die Fahrkarten zu lösen und die Gepäckstücke aufzugeben. Zu beachten ist hierbei jedoch, daß eine frühere Aufgabe von Gepäck dann nicht in Frage kommen kann, wenn auf der Bestimmungsstation die Ausshängung des Gepäcks durch den Zugführer erfolgt. Weiter sei darauf hingewiesen, daß es sich empfiehlt, die Gepäckstücke fest zu verpacken und gut zu verschließen. Auch muß jedes Stück die genaue und dauerhaft bestellte Adresse des Reisenden (Name, Wohnort, Wohnung) sowie den Namen der Aufgabe- und der Bestimmungsstation tragen. Nach Möglichkeit ist die Adresse an der Stirnseite der Gepäckstücke anzubringen, weil hierdurch das Umladen und das Auffinden der einzelnen Stücke in den Lagerräumen sehr erleichtert wird. Vorteilhaft ist es, auch im inneren Raum des Gepäckstücks einen Zettel mit gleicher Aufschrift beizulegen, damit bei Abhandlung kommen der äußeren Bezeichnung und amtlicher Deffnung des Gepäckstücks sofort ein Nachweis des Eigentümers gefunden und das Gepäck unverzüglich nachgeliefert werden kann. Alle Bezeichnungen und sonstige Beförderungsbezeichnungen müssen sorgfältig entfernt werden, um zu verhindern, daß das Gepäck verschleppt wird. Die Gepäckabfertigungstellen verkaufen Anhängeschilder mit Bordruf für Angabe der Abenders und Empfängers (ein Stück 5 Pf., 100 Stück 4.80 Mk.). Die Reisenden haben selbst ein dringendes Interesse daran, hiervon Gebrauch zu machen.

Die Gewerbesteuer. Wie bereits aus dem Bericht über die letzte Sitzung der Stadtverordneten zu ersehen war, unterliegt es für den Rat keinem Zweifel, daß die Bestimmungen über die Erhebung einer Gewerbesteuer im 21. Nachtrag zur Steuerordnung zu Recht bestehen. Die Steuer ist deshalb jetzt auf jeden Fall zu bezahlen. Sollte sie durch Entscheidung der obersten Instanz für unzulässig erklärt werden, so wird diese Entscheidung auch denen zugute kommen, die keinen Einspruch erhoben haben. Es lohnt sich also nicht, gegen die Steuer lediglich um deswillen ein Rechtsmittel einzulegen, weil sie für ungerecht gehalten wird. Alle derartigen und auch alle anderen Einsprüche, denen vom Stadtschreibereamt nicht stattgegeben werden kann, werden zurück-

gelegt, bis die Frage der Rechtmäßigkeit der Steuer endgültig entschieden ist. Die Betroffenen erhalten also bis auf weiteres keinen Bescheid.

Die Versicherungsquote in der Unfallversicherungsversicherung beträgt seit dem 1. Mai 1920 15 000 Mk. Zur Aufklärung häufiger Zweifel wird darauf hingewiesen, daß Angehörige, welche diese Grenze überschritten haben, sich freiwillig weiterversicherer müssen, um die Anwartschaft zu erhalten. Nicht zur Zeit jährlich acht Beiträge, und zwar ist eine möglichst hohe Klasse zu empfehlen. Es ist indessen zu erwarten, daß die Grenze, ebenso wie die Leistungen, der Selbstwertung entsprechend, in nächster Zeit wesentlich erhöht wird.

Sechs Millionen Geschlechtskranke in Deutschland. Nach den neuesten amtlichen Meldungen gibt es jetzt in Deutschland sechs Millionen Geschlechtskranke. In Berlin wurden unter den Besuchern der ärztlichen Beratungsstellen für Geschlechtskranke fast die Hälfte der Fälle gezählt: 42 Prozent der Männer und 41 Prozent der Frauen. In der Stadt Hannover allein wurden der Beratungsstelle 241 Geschlechtskranke Kinder im Alter bis zu 14 Jahren zugeführt. Anderswo ist es nicht anders. Das „Stahlbad“ des Krieges ist dem Volke auch in dieser Beziehung schlecht bekommen.

Kirchenaustritt in Leipzig. Für alle die Einwohner, welche innerlich mit der Kirche gebrochen haben und ihren Austritt aus der Kirche vollziehen wollen, ist das Standesamt Dienstag, den 22., und Donnerstag, den 24. d. M., abends 5—7 Uhr geöffnet.

Beschaffung von Studentenwohnungen. Für das am 15. April beginnende Sommersemester werden noch Studentenwohnungen gebraucht. Es ergeht daher an die Bürgerkammer der Stadt Leipzig und der Vororte der Aufruf, einem oder mehreren Studenten gegen Entgelt angemessene Unterkunft mit oder ohne Verköstigung in ihren Wohnungen zu gewähren. Der Wohnungsnachweis steht den Studierenden aller Leipziger Hochschulen offen. Anmeldungen (möglichst persönlich) sind an das Studentische Wohnungsamt, Schillerstraße 7, Erdgeschoss rechts, recht bald zu bewirken, vormittags 10—12 Uhr, nachmittags 3—5 Uhr. Alle früher angemeldeten, aber noch nicht vermieteten Wohnungen müssen erneut angemeldet werden.

Zur Bekämpfung der Blutlaus hat die städtische Gartenverwaltung Befehlungen zusammengestellt. Druckabzüge sind in den Ratswachen erhältlich.

Bom Disbendenlegen in Leipzig. Die Fahrradfabrik A. B. K. in Leipzig erzielte einen Fabrikationsgewinn von 4 108 950 (1 014 887) Mk. Der Reingewinn beträgt 700 005 Mk. gegen 442 195 Mk. im Vorjahre. Es wird eine Dividende von 15 Prozent ausgeschüttet.

Die Tätigkeit des Leipziger Mietlingsamtes. Den zahlreichen Einsendern von Artikeln über dieses Thema teilen wir mit, daß wir das Material der Stadtverordnetenfraktion überwiegend haben, damit es bei der Beratung über das Mietlingsamt Verwendung findet. Wir sind gern bereit, weiteres Material entgegenzunehmen.

Im Deutschen Museum für Buch und Schrift, Zeiger Straße 12, sind zur Zeit als Sonderausstellung Originalzeichnungen, Lithographien, Pastelle und kunstgewerbliche Arbeiten von Johannes von Witz ausgelegt. Öffnungszeiten des Museums: Werktags von 10—4, Sonntags von 10—1 Uhr, Montags geschlossen. Am Charfreitag und am ersten Osterfesttag bleibt das Museum geschlossen. Am zweiten Osterfesttag ist es von 10—1 Uhr geöffnet.

Lebensmittellisten für Dienstag, den 22. März.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Ausländisches Weizenmehl: Letzter Tag — abzugeben 17 R allgemeine Lebensmittelliste Reihe B (250 Gramm). Ausgabe. Nahrungsmittel für Kinder bis zu zwei Jahren: Beginn — bestellt mit N 1, N 1, Z 1 der Lebensmittellisten S 1/3. Nahrungsmittel für Schwangere: Beginn — bestellt mit N 1 der Sonder-Lebensmittelliste für Schwangere, Stillende usw.

Ausländisches Weizenmehl: Letzter Tag — bestellt mit Marken 15 R Lebensmittelliste Reihe B (250 Gramm).

Leigwaren: Letzter Tag — bestellt mit Marken 16 R Lebensmittelliste Reihe B (250 Gramm).

Briefe für Kriegesbeschädigte und Kriegshinterbliebene: Gutscheine Nr. 3101—3250 in der Niederlage der Firma May & Co., Seilhaus, Bennigsenstr., und Leipzig-Plagwitz, Bahnstraße, Ecke Elisabethallee auf Gutscheine Nr. 1051—1350 (zwei Zentner) 8—4 Uhr.

Kostenlose Ausgabe von holländischem Bohnengemüse für Kriegesbeschädigte und Hinterbliebene: Buchstabe C—E nachmittags 4—7 Uhr in der Markthalle, Galerie, Stand 150.

Büchsenwurst für Kriegesbeschädigte und Kriegshinterbliebene: Buchstabe A—B, 9—3 Uhr, Schlachthof, Schumann II (Preis pro Kilogramm 7,60 Mk.).

Polizeinrichten.

Eine jugendliche Diebesbande, die mehr als 50 Einbruchdiebstähle verübt hat, festgenommen. Im Laufe des letzten halben Jahres wurden hauptsächlich im Süd- und Ostviertel zahlreiche Einbruchdiebstähle in Geschäftsläden und Kontore von zahllosen ausgeführt, wobei die Täter mit großer Kühnheit zu Werke gingen und manchmal sogar Wirtshäuser und Hausdächer benutzten, um ihren Raub in Sicherheit zu bringen. Große Geldbeträge und Waren der verschiedensten Art von hohem Wert fielen den Spüßhunden dabei in die Hände, auch wurde von ihnen erheblicher Sachschaden durch gewaltsames Erbrechen von Türen und Behälteranlagen angerichtet. Nach außerordentlichen Bemühungen der Sicherheits- und Kriminalpolizei konnten die Haupttäter in dem Schuhmacher Joachim Perschke, den Schlosserlehrlingen Albert Haase und Herbert Fischer sowie dem Arbeitersohnen Fritz Schreier ermittelt und festgenommen werden, die in Gemeinschaft mit verschiedenen Helfershelfern mehr als 50 solcher Einbruchdiebstähle ausgeführt hatten. Die im Alter von 16 bis 20 Jahren stehenden Burken, die mit zahlreichen Einbruchswerzeugen und geladenen Pistolen ausgerüstet waren, machten bei ihrer Vernehmung kein Geht daraus, daß sie im Ernstfall von ihren Helfern auch Gebrauch gemacht haben würden. In gewissenlosen Hehlern hatten sie hier und auswärts wälfährige Abnehmer für die von ihnen gestohlenen Waren gefunden.

Eine dunkle Sache! Seit einiger Zeit beschäftigt die Kriminalpolizei eine geheimnisvolle Angelegenheit, deren Aufklärung bisher trotz größter Bemühungen, nicht möglich gewesen ist. Vor mehreren Wochen fuhr ein Nachmittags gegen 1/2 Uhr zwei unbekannte Männer im Auto am Viehhofe des hiesigen Vieh- und Schlachthofes vor. Der eine von beiden gab sich einem dort Dienst tuenden Hilfsarbeiter als Kriminalbeamter aus und zeigte ihm einen, den echten Ausweisarten auffallend ähnlichen, auf den Namen eines Kriminalkommissars Dieke der Tete lautenden Ausweis mit Lichtbild vor. Daraus stellte der angeführte Kriminalbeamte allerlei verdächtige Fragen, u. a. über die Verwahrung der Schlüssel usw. an den Wärter, worüber dieser jedoch vorsichtigerweise keine Auskunft erteilte. Der Unbekannte entfernte sich dann rasch und fuhr mit seinem Begleiter davon, als ein Beamter, der das Gebahren des Mannes von weitem beobachtet hatte, hinaufkam. Dieser war beschriebenen als 35—38 Jahre alt, 1,75—1,78 m groß, schlank, mit vollem, gelblichrotem Gesicht, feinem, vermishten, dunkelblondem Schnurbart und als bekleidet gemeinsam mit hellbrauner Ledertasche, grauen Reithosen mit Lederbelag, braunen Gamaschen und dunkler Krawatte. Das von den beiden benutzte Auto war ein kleiner, grau gefärbter, zweiflügeliger Wagen mit dem Kennzeichen H. 5349. Wer hierzu irgendwelche klandestinen Angaben zu machen vermag, wird gebeten, sich sofort bei der Kriminal-Abteilung oder der nächsten Wache zu melden.



**Frecher Raub!** Am 17. d. M. abends gegen 7 Uhr. Ist einem auswärtigen Kaufmann in der Domboldstraße, unmittelbar am Durchgang von Wichnerberg Hof, ein Paket, enthaltend 5 Meter schwarze, 3 Meter grüne und 3 Meter braune, mit roten Längsstreifen versehene Stoffe, von einem unbekannten 19-20jährigen Jüngling aus der Hand gerissen worden. Der Raub wurde im ungefähr 1.60 Meter groß und bartlos war, schwarzes Haar und volles Gesicht hatte und mit braunem Hemd und braunem, welchem Hut bekleidet war, in mit seiner Beute eilends durch den Durchgang Wichnerberg Hof nach der Gerberstraße zu entlaufen und dort leibhaftig unterkommen, trotz der Verfolgung durch den Raubenden. Etwas verdächtige Wahrnehmungen wollte man abschweifen der Kriminalabteilung oder der nächsten Wache mitteilen.

**Sogenannte Klingelfahrer an der Arbeit!** Sogenannte, Klingelfahrer haben sich in letzter Zeit wieder einmal unangenehm bemerkbar gemacht. Es sind das Leute, die an Wohnungstüren klingeln, sich beim Öffnen nach einer ganz beliebigen, in Wirklichkeit überhaupt nicht vorhandenen Person erkundigen und auf diese Weise auskundschaften, ob die Wohnungsinhaber zuhause oder abwesend sind. Mit dieses der Fall, benutzen sie die Gelegenheit, mit Nachschlüssel oder andern Werkzeugen in die Wohnung einzudringen und zu stehlen. In Frage kommen jetzt in der Hauptsache zwei unbefangene, 20 bis 25 Jahre alte und ungefähr 1,70 Meter große Männer, beide bartlos, der eine aber mit starkem Wortwuchs. Einer der beiden war elegant gekleidet, u. a. mit orangefarbenem Sportüberzieher mit Gürtel und schwarzem, rundem Hut, der andere trug schwarzen Mantel, grünen Hut und machte einen weniger vertrauten erweckenden Eindruck. Beim Wiederankommen beobachtete man die Leute unauffällig und veranlaßte bei dem geringsten Verdacht ihre Festnahme.

**Beim Gabeln ins Wasser gefallen!** Am 17. d. M. nachmittags gegen 4 Uhr ist ein 60-jähriger Mann in der Nähe der Sackbrücke zwei Kontoristinnen von hier. Sie waren mit ihrem Boot zu nahe an das Ufer gefahren, wodurch jenes umschlug. Beide Mädchen konnten sich durch Schwimmen retten.

**Aufindung zweier Fötusse in der Pleihe!** Am 15. d. M. nachmittags gegen 4 Uhr ist in der Pleihe, in der Nähe der Sackbrücke, ein verklärtes, vollständig durchweichtes Paket gefunden worden, das zwei in Zeitungspapier und braunes Packpapier eingewickelte, ungefähr 7 Monate alte Fötusse enthielt. Da es sich hierbei, wie festgestellt worden ist, nicht um Zwillinge handelt, kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß jenes Paket von einer Person ins Wasser geworfen worden ist, die sich mit Abtreibungen befaßt. Über etwa Beobachtungen gemacht hat, meldete sich baldigst bei der Kriminal-Abteilung oder der nächsten Wache.

## Aus der Umgebung.

**Wiederlich.** Eine leider wieder sehr schwach besuchte Elternversammlung, die letzte im vergangenen Schuljahr, veranstalteten am Mittwoch der Elternrat und die Lehrerschaft in der hiesigen Schulkirche. Herr Lehrer Blüml erstattete den Rückblick über die Tätigkeit der Schule und des Schularztes und zeigte an einem Beispiel, welche erfreulichen Fortschritte die Gesundheit unserer Schulkinder, vor allem durch die amerikanische Quänterspeisung, zu verzeichnen hatte. Der Vorsitzende des Elternrates, unser Herr Gänther, entrollte die Tätigkeit des Elternrates während des Berichtsjahres und richtete einen Appell an Lehrer und Einwohner, in Zukunft den Elternräten und Elternversammlungen mehr Interesse entgegenzubringen. Die Eltern haben immer noch nicht erkannt, wie notwendig diese Einrichtung vor allem im Interesse ihrer Kinder ist, und um ein harmonisches Verhältnis zwischen Schule und Elternhaus zu fördern. Leider läßt ein Teil unserer Lehrerschaft aber auch hierin viel zu wünschen übrig. Es wäre nur zu wünschen, wenn alle Lehrer den Eltern von ihrer Erziehungsarbeit Rechenschaft ablegen würden. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß viele Eltern, obwohl aus der Kirche ausgeschieden, ihre Kinder noch nicht dem Religionsunterricht abgemeldet hätten. Auch ein Teil der Lehrerschaft scheine den Bestrebungen der Eltern nach der konfessionslosen Schule entgegenzuwirken. Neben dem Kampf gegen die Schulliteratur solle man auch die religiösen und nationalpatriotischen Bücher aus der Schulbibliothek entfernen. Mit einem Hinweis auf die am Sonntag, dem 20. März, stattfindende Jugendwoche im Palmengarten für unsere zu Ostern aus der Schule zu entlassende Jugend wurde die Versammlung geschlossen. Die nächste in Kürze stattfindende Elternversammlung wird die Neuwahl des Elternrates vornehmen.

**G. n. Gauß.** Aus dem Schulvorstand. Unter Mitteilungen wird die vorläufige Beurteilung des Lehrers Triptow und die Stellvertretung desselben durch Herrn Schulamtsassistenten Döge bekanntgegeben. Als Nebelarbeitslehrerin wird am 4. April Fräulein Kirchbach eintreten, da dieselbe über ausgezeichnete Zeugnisse verfügt, so darf erwartet werden, daß die Schule für die seit längere Zeit erledigte Stelle eine gute Lehrkraft gefunden hat. Zum Besuch staatlicher Lehrkurse für die Mädchenfortbildungsschule haben sich die Herren Feisch und Franke gemeldet, denen ein Kostenbeitrag hierzu bewilligt wird, insofern die staatlichen Beihilfen hierzu nicht ausreichen. Der Buchhändler Lauterbach hält trotz aller Mahnungen sein Kind vom Besuch der allgemeinen Volksschule fern, weil er es in eine Leipziger Ständeschule schickt. Die eigenartigen Verhältnisse dieses Estiflüssen bildeten schon öfters den Gegenstand einer Aussprache. Das richtige wäre wohl in diesem Falle die zwangsweise Vorführung. — Mit der notwendigen Anstellung dreier neuer Lehrkräfte würde sich auch ein Schulerweiterungsplan notwendig machen. Der Bauauschuss hat die Angelegenheit eingehend geprüft und ist zu dem Resultat gekommen, im Hofe einen Flügelanbau zu errichten, durch den 3 neue Klassenzimmer geschaffen würden. Dieser Anbau würde rund 137 000 Mk. Kosten verursachen. Ideal ist diese Lösung nicht, denn der ohnedies beschränkte Hofraum würde dadurch noch mehr beengt werden. In der Aussprache kam auch die Unmöglichkeit zur Sprache, jetzt an die Ausführung des Baues zu denken, da die Finanzverhältnisse der Gemeinde durch die Beschneidung der Steuerquellen noch ungetrübter seien. Es wurde deshalb beschlossen, bis auf weiteres eine abwartende Stellung einzunehmen. Unter der staatlichen Finanzmiserie müssen also die dringlichsten Kulturaufgaben stehen, da die Anforderungen auf sozialem und kulturellem Gebiete, die die Gemeinden zu erfüllen haben, so ungeheure sind, wird es höchste Zeit, die Finanzgebarung des Reichs und der Gliedstaaten sozialistisch umzugestalten. Der Voranschlag des Schulhaushaltsplans wird mit 185 000 Mk., ausschließlich Lehrerbefolgung festgesetzt. Zur Lehrmittelfreiheit wird beschlossen, jedem Kinde 3 Schreibhefte (jeden „aut.“ Hefte) und 1 Zeichenblock zu liefern, weiterhin sollen die Elementarklassen mit künstlichem Schmutz versehen werden, um so einen freundlicheren Eindruck zu erwecken. An einzelnen Positionen sind zu nennen: Vermehrung des Inventars und der Lehrmittel 100 000 Mk. Heizung und Beleuchtung 100 000, Fortbildungsschule 10 000 Mk. usw. Die Verordnung über Elternbeiträge wird zur Kenntnis genommen. — Auch hier zeigte sich die Notwendigkeit der sächsischen Gemeindeverfassungsreform, sollen die Gemeinden in der Lage sein, ihren Verpflichtungen im Interesse der Einwohner nachzukommen, so müssen sie mehr zu Selbstverwaltungsförderung umgestaltet und wirtschaftlich ausgebaut werden.

**Schleuder.** Christliches von der evangelischen Kirche. Am Spätherbst vorigen Jahres beschloß eine Stadtverordnetenversammlung, die hiesige Schwefelstation auf den Etor der Armentasse zu übernehmen. Grund dazu war die Erklärung der Kirche, sie könne die Schwefelstation finanziell nicht fassen. Nachdem die Stadt erhebliche Zuschüsse spendete. Dann aber sollte auch jeder Einwohner diese legerische Einrichtung ohne gemischte Gesichte in Anspruch nehmen können. Die Schwefelstation ist untergebracht in der sächsischen Kleinkinderbewahranstalt. Die Einrichtungsgegenstände sind Eigentum der Kirche, sind aber zum überwiegenden Teil von hiesigen Einwohnern geschenkt worden. Das Vermögen der Schwefelstation beträgt circa 10 000 Mk., bestehend aus Wertpapieren, die in der Stadtverordnetenversammlung aufbewahrt werden. Die Zinsen wurden zur Befolgung der jeweiligen Schwefelstation verwandt. Der Magistrat trat an die Kirche heran, diese Zinsen zur Finanzierung der Station mit beizusteuern. Aber was tat die christliche Kirche? Unter Führung

des Superintendenten Kamln, des Pastors Bröse, Theodor Naumann, des Malermeisters Paul Ralsch, der Frau Johanne Risch und Frau Rentier Hoffmann lehnten sie dies ab und verlangten die Wertpapiere von der Stadt zurück. Die christlichen Herrschaften, die nicht Schöge sammeln sollten, die die Motten und der Hof freisen, verlangten außerdem 400 Mk. jährlich für Benutzung der geschenkten Einrichtung. Das ist das wahre Gesicht der ungeliebten christlichen Nächstenliebe. Die Schwefel ist für alle Einwohner da, gleichviel welcher Gesinnung oder Religion. Sie ist ihren wohlthätigen Dienst genau so wie unter kirchlicher Regie aus. Die einzige richtige Antwort, die der Arbeiter der Kirche geben kann auf die höhnische christliche Gesinnung und Handlungsweise, ist der Austritt aus der Landeskirche. Wer austreten will, gehe zum Amtsgericht und erkläre seinen Austritt aus der Landeskirche.

## Sächsische Angelegenheiten.

Uebersicht des Dresdner Stadtkommandanten.

Von einem kaum gläublichen Vorgang gab in der Sitzung des Bezirksausschusses Dresden-Kenstadt der Amtshauptmann Dr. Lempe Kenntnis. In der Bevölkerung laufen Gerüchte um, wonach im Gutsbezirk Dresden-Alberstadt trotz der großen Wohnungsnot seit Jahren große öffentliche Gebäude völlig unbenutzt dastehen, die sich sehr gut zur Aufnahme Wohnungsloser eignen würden. Um der Sache auf den Grund zu gehen, beschloß die Amtshauptmannschaft in Vertretung des Wohnungsverbandes Dresden-Kenstadt-Land eine Besichtigung vorzunehmen. Sie teilte ihr Vorhaben dem Gutsbesitzer, einem General a. D., mit, bekam jedoch von diesem keine Antwort. Dafür ließ nach einigen Tagen vom Dresdner Kommandanten ein Schreiben des Inhalts ein, in dem es abgelehnt wurde, den Vertretern der Amtshauptmannschaft den Zutritt zu gestatten, außerdem wurde gesagt, die Besichtigung wäre zwecklos, die Gebäude würden für 700 Reichwehrgeldaten gebraucht. Auf eine telegraphische Beschwerde hat der Reichwehraminister geantwortet, zu der Angelegenheit nicht eher Stellung nehmen zu können, als sich nicht die Kommandantur bzw. die Reichwehrringebäude dazu geäußert hätten. Das ist der gegenwärtige Stand der Dinge. Trotzdem die Amtshauptmannschaft den Kommandanten auf die rechtliche Seite des Falles hingewiesen hat, ist der Kommandant auf seinem Standpunkt stehen geblieben. Der Amtshauptmann stellte seit, daß, während im Gutsbezirk ohne Wandergewerbeten von Haus zu Haus haust werden dürfe, der Aufstichbehörde der Zutritt verweigert werde. Der Gutsbezirk gehört dem Wohnungsverband als Wohnungsverband an.

Auch sonst scheint aber der Gutsbesitzer eine recht merkwürdige Auffassung von seinen Pflichten zu haben. So haben dort seit einem Jahre ohne jede behördliche Genehmigung öffentliche Tanzveranstaltungen statt, wodurch dem Bezirk schon einige laufende Mark Vermögensverlusten entgangen sind. Der Herr Gutsbesitzer lehnt es — angeblich aus Personalmangel — ab, die von der Amtshauptmannschaft mit der Bezirksvertretung beschlossenen Beitragssteuern im Gutsbezirk durchzuführen.

Da bis jetzt demgegenüber die Amtshauptmannschaft machtlos geblieben ist, blieb schließlich nichts andres übrig als die Klage in die Dienstlichkeit. Im Bezirksausschuß stellte man sich geschlossen hinter den Amtshauptmann. Man war einmütig der Ansicht, daß man sich so etwas nicht bieten lassen dürfe, beim Ministerium energisch zu protestieren gegen die Behandlung der Amtshauptmannschaft durch den Kommandanten, und die Regierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß der Amtshauptmannschaft als Wohnungsverband der Zutritt gestattet wird. Gegebenenfalls wird dafür gesorgt werden, daß der Fall im Landtag zur Sprache gebracht wird.

### Keine neuen Volksschullehrerstellen in Sachsen.

Da die Lehrerstellen an den Volksschulen im Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921/22 in bestimmter Zahl nachzuweisen sind, können für diese Zeit keine neuen Stellen mehr genehmigt werden. Die Bezirksschulämter haben nach einer Verordnung des sächsischen Unterrichtsministeriums etwa noch einigehende Gesuche zurückzugeben. — Da der unter dem 25. Mai 1920 veröffentlichte Lehrplan für den Turnunterricht infolge der ungünstigen Zeitverhältnisse bis jetzt nicht genügend hat erprobt werden können, werden die Schulstellen zum sächsischen Unterrichtsministerium beauftragt, Ende Februar 1922 über die mit diesem Plane gemachten Erfahrungen von neuem zu berichten.

### 35 neue Kraftwagenlinien in Sachsen.

Nach dem Uebergang der sächsischen Staatsbahnen an das Reich ist der sächsischen Verwaltung überlassen geblieben, den Kraftwagenverkehr auszubauen, was nunmehr durch eine Verfügung des Finanzministeriums in Höhe von 4,7 Millionen Mark geschehen soll, die jetzt im Landtage angeklagt worden ist. Im Rahmen dieser Anforderung sollen 35 neue Kraftwagenlinien errichtet werden, von denen ein Teil noch im Jahre 1921 eröffnet werden soll, und zwar handelt es sich um die Linien Freiberg-Brand-Groß-Hartmannsdorf-Engelsfeld (30 Kilometer), Plauen-Hof (30 Kilometer), Plauen-Pillnitz (9 Kilometer), Chemnitz-Rühlsdorf-Almbach (14 Kilometer), Böbau-Bernstadt-Altrisch (21 Kilometer), Meißen-Dommajsa-Melsa-Strehla (35 Kilometer), Chemnitz-Blasow (17 Kilometer), Zittau-Deusch-Gabel (18 Kilometer), Dippoldiswalde-Fraunstein-Sandau-Döbernhau (52 Kilometer), Zittau-Warndorf-Rumburg in Böhmen (24 Kilometer), Chemnitz-Rositz-Waldstein (7 Kilometer), Sohland-Steinitz-Wolmsdorf-Oberentzchen-Bischofswerda (25 Kilometer), Gottleuba-Peterowalde (9 Kilometer), Delonitz-Ebnath-Rohbach-Wald-Ester (18 Kilometer), Selb-Mich-Wald-Ester (18 Kilometer), Altenburg-Schmölln-S.M. (15 Kilometer), Mittweida-Leisnig (25 Kilometer), Colditz-Waldheim (20 Kilometer), Dresden-Dippoldiswalde (21 Kilometer), Glauchau-Erzmitschau (13 Kilometer), Schandau-Hinterhermsdorf (Commerzkline, 18 Kilometer), Wolfenstein-Geyer (13 Kilometer), Leipzig-Engelsdorf (14 Kilometer), Proßheida-Liebertowitz-Groß-Döbern (7 Kilometer), Oberwiesenthal-Cranzahl (Sommerlinie, 15 Kilometer), Mittweida-Rositz-Hainichen (25 Kilometer), Zwickau-Werdau-Fraureuth (14 Kilometer), Großenhain-Kadeburg (20 Kilometer), Großenhain-Meißen (15 Kilometer), Hainichen-Waldheim (18 Kilometer), Annaberg-Jöhstadt (11 Kilometer), Annaberg-Schwarzenberg (23 Kilometer), Annaberg-Steinbach (15 Kilometer)

### Massendemonstration der Chemnitzer Arbeiter.

Chemnitz. Am Sonntag fand eine wichtige Demonstration der hiesigen Arbeiterklasse gegen die von den Unternehmern geplante Restlosmachung der Betriebsräte statt. In der Massendemonstration nahen sich 70-80 000 Protestierer. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärten die Chemnitzer Arbeiter, daß sie einig sind im Kampfe gegen die Reaktion, im Kampfe um ihre Rechte, im Kampfe für den Achtstundentag, für Freiheit und Willkürbestimmung im Produktionsprozeß, gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus.

Die gewaltige Massendemonstration ging ohne jede Störung vor sich. Aufregung, wie die Massen zusammenströmten, lösten sie sich auch auf.

### Wegen Steuerhinterziehung verhaftet.

In Dresden wurde der Rechtsanwalt Dr. Karl Walther, Inhaber eines Bureaus für Steuerberatung und Herausgeber einer Zeitschrift für Steuerberatung, wegen des Verdachts, an einer Steuerhinterziehung beteiligt zu sein, verhaftet. Es wird ihm außerdem vorgeworfen, gegen die Bestimmungen des Reichs-Einkommensteuergesetzes verstoßen zu haben, indem er seinen Kunden Winke über Steuerumgehungen gab. Nach einer Darstellung von ihm nächstehender Seite soll ein Herr auf Walters Sonderkonto bei einer Bank eine Einzahlung vorgenommen haben, von der

Meier angeblich keine Ahnung gehabt hat. Sehr glaubwürdig scheint diese Verleumdung Walters nicht. Er hat gegen seine Verhaftung Einspruch erhoben.

Dresden. In der Dresdner Heide entstand ein größerer Waldbrand, der sich auf mehrere 1000 Quadratmeter reifenjährigen Kiefernbestandes ausdehnte. Die Dresdner Feuerwehr unterdrückte den Brand.

Elstra. Nach einer Mitteilung des Landesamts für Ariererfürsorge wird das Erholungsheim Elstra bei Kamens am 4. April d. J. zur Aufnahme von Kriegesbeschädigten wieder geöffnet. Anträge wegen Aufnahme sind unter Beifügung eines ärztlichen Bescheinigung bei den Bezirks- und Ortsämtern für Kriegesfürsorge oder den Ortsämtern des Frauendienstes 1914 einzureichen, der auch für dieses Jahr die Bewilligung des Heimes übernommen hat. Für Erholungsbedürftige Kriegesbeschädigte wird ein anderes Heim eingerichtet werden.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Die Justiz soll helfen!

In Chemnitz und Umgebung befinden sich die Zementarbeiter seit zehn Wochen im Streik, weil der Arbeitgeberverband der Zement- und Kunststoffsindustrie bisher jede Entlohnung durch strikte Ablehnung der Arbeiterforderungen unmöglich machte. Die Arbeitgeber erklären, die geforderten Lohnerhöhungen nicht tragen zu können, obwohl einige Betriebe schon vor Wochen bewilligt haben. Nach einer Veröffentlichung der Streikleitung in der Chemnitzer Volksstimme hat nun der Arbeiterverband gegen den Geschäftsführer des Zementarbeiterverbandes Schönherr, gegen den Branchenvorstand Berg-Dammover und gegen den Hauptvorstand Berg-Dammover wegen Erpressung erhoben.

Dieses Vorgehen ist nicht neu. Schon früher haben Unternehmerverbände mit den gleichen Mitteln versucht, die Arbeiterkraft niederzuhalten, freilich ohne Erfolg. Offenbar nehmen die Schatzmacher an, daß inzwischen die Justiz „umgelernt“ hat und willfährig ihrem Verlangen Rechnung trägt. Wenn wir auch von den Gerichten manches gemöhnt sind, bis zum Beweise des Gegenteils nehmen wir zur Ehre der Richter aber immer noch an, daß die Unternehmer sie zu niedrig einschätzt haben.

Für die Arbeiterkraft aber ist die Tatsache, daß man wagt, Gewerkschaften, die Lohnforderungen aufstellen, wegen Erpressung zu verklagen, ein Warnungssignal. Die Kapitalisten glauben, den Arbeitern ihre berechtigten Forderungen abzuhängen zu können, während sie durch fortgesetzte Preissteigerungen ihre Profite vergrößern. Die Arbeiter müssen die Justiz auch die Gewerkschaften bedrohen, geben ihnen immer wieder Mut zu solchen Vorstößen. Wenn die Arbeiterkraft nicht bald erkennt, daß sie nur einen gemeinsamen Feind, den Kapitalismus, hat, und wenn sie aus dieser Erkenntnis nicht schlussfolgert, daß die Forderung steht, daß diesem mächtigen Gegner nur eine geeinte Arbeiterkraft erfolgreich entgegenzutreten kann, dann wird sie die Macht des Unternehmertums nur immer mehr verstärken und ihm schließlich ohnmächtig gegenüberstehen.

### Neufestsetzung der Löhne im Rohproduktenghandel.

Bei den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband des Rohproduktengroßhandels, die am 18. März vom Schlichtungsausschuß zu Ende geführt wurden, kam folgender Vergleich zustande.

Der Wochenlohn beträgt:	
für Arbeiter bis zum vollendeten 20. Jahre	200 Mk.
bis zum vollendeten 24. Jahre	225 "
nach dem 24. Jahre	240 "
für Vollarbeiterinnen und geliebte Sortierertinnen	130 "
für Anfängerinnen und Nichtvollarbeiterinnen bis	120 "
für Ausfuhr einschließlich der erforderlichen Arbeitszeit für Pferdspflege an Sonn- und Feiertagen	275 "
Vorstehende Löhne gelten als Mindestlöhne.	

Bestehende günstigere Wohnverhältnisse dürfen nicht verschlechtert werden. Abord bleibt, wo er bereits besteht, und die Abordlöhne sind so zu berechnen, daß bei normaler Arbeitsleistung und Arbeitszeit 15 Proz. mehr verdient werden. Als Kündigung gilt die tägliche Kündigung.

Vorstehendes Lohnabkommen tritt bereits für die laufende Lohnwoche in Kraft.

Wir eruchen unsere Mitglieder, in allen Betrieben die neuen Löhne zu fordern. Wo sich Differenzen ergeben, wolle man das Verbandsbureau, Gerberstraße 1, 11, benachrichtigen.

### Aus der Beamtenbewegung.

Der Bezirksverein Leipzig des Reichsverbandes der deutschen Post- und Telegraphenbeamten (untere Beamte) hielt am 5. und 6. d. M. seinen diesjährigen ersten Bezirkstag ab. Vertreter waren 83 Leipziger Kollegen und 35 Kollegen aus dem Bezirk. Als Gäste waren die Bezirksvertreter erschienen aus Chemnitz, Halle, Dresden, Magdeburg und Hamburg.

Der erste Vorsitzende, Otto Thiele, gab einen Rückblick über die Bewegungen in letzter Zeit. Hieran schloß sich eine scharfe Aussprache, in der von den meisten Rednern die Verbandsleitung und die Leitung des Deutschen Beamtenbundes heftig angegriffen wurde. Ein vom Bezirksvorstand Leipzig gestellter Antrag, die beiden Vorstände zu einer Körperschaft zu vereinigen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der bisherige Vorstand legte geschlossen keine Ämter nieder, nachdem die Verammlung ihm Entlastung erteilt hatte. Bei der anschließenden Neuwahl des 21. Mann zählenden Vorstands wurde der bisherige Vorsitzende Otto Thiele nicht wieder gewählt. In seine Stelle trat der Kollege Heinold, nachdem Kollege Breischneider zu dessen Gunsten von der Kandidatur zurückgetreten war. Weiter wurden in den Vorstand gewählt: Breischneider, Claus, Oppelt, Freigabe, Fiedler, Ködiger, Schönherr, Säulze, Volkersdorf, Frobit, Anders, Teicher, Müller, Vogel, Teichhäuser, Vippow, Wilde, Gralapp, Kühne und Bruber. In ebendieser Weise nahm der Bezirkstag erneut zur Gewerkschaftsfrage Stellung. Einstimmig (also auch die ländlichen Kollegen stimmten zu) wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 6. 3. 21 verammelten Mitglieder des Bezirksvereins Leipzig sind überzeugt, daß nur zu einer festen, freibleibenden Gewerkschaft aufammengepreßte Postbeamtenschaft darauf rechnen kann, ihre berechtigten Forderungen erfüllt zu sehen.“

Trotzdem sprechen die Verammelten der Verbandsleitung ihren Unwillen aus, weil sie in einer so hochwichtigen Organisationsfrage über die Köpfe der Mitglieder hinweg grundsätzliche Beschlüsse gefaßt hat. Die Anwesenden können der neuen Reichspostgewerkschaft nur zustimmen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden: Engste Anlehnung an den Deutschen Verkehrsverband, Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund. Die Verammelten erwarten von der Verbandsleitung schleunigst eine klare Stellungnahme. Sie fordern die Bornehme einer Urabstimmung über die Lösung der Gewerkschaftsfrage. Da diese Voraussetzungen bei der Neuarbeitung in Berlin nicht berücksichtigt worden sind, erklären die Verammelten, den vom Verbandsvorstand gefaßten Beschluß nicht anzuerkennen.“

Anschließend an den Bezirkstag fand eine öffentliche Versammlung statt. Der Referent Kollege Otto-Hamburg, betonte die Notwendigkeit des engsten Anschlusses der Beamten an die fortschrittliche Arbeiterkraft in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung, womit er den schärfsten Beifall erzielte.

**Arbeiter!** — werbi neue — **Volkszeitungsleser.**



Der Laugenichts.

Von Anton Tschadow.

„Don Komfort und die Bequemlichkeiten muß man als ein unermessliches Privileg des Kapitals und der Bildung ansehen.“

„Das ist ja nur eine Laune, eine Spielerei!“

„In diesem Augenblick erlöste die Klingel, und sie erhob sich.“

„Nun kam der Doktor. Ich begann von den Malern zu erzählen.“

„Ich gab mich damit einmal ernsthaft ab.“

„Auf einem niedrigen Schemel sitzend, erzählte sie uns von ihrem Leben in Petersburg.“

„Wir sahen zu dritt zu Abend. Der Doktor und Maria Viktorowna tranken Rotwein, Champagner und Kaffee mit Cognac.“

„Talentierte, reich begabte Naturen.“

„Kann man denn etwas finden, was es nicht gibt?“

„Es gibt wohl Bewegungen, wir sehen sie nur nicht.“

„Es entmann sich ein Streik.“

„Es gibt bei uns gar keine tiefen allgemeinen Bewegungen.“

„Sie verstehen es nicht, aber ich!“

„Unsere Sache ist es, zu lernen und möglichst viel Wissen zu sammeln.“

„Eines steht fest: man muß das Leben irgendwie anders einrichten.“

„Als wir von ihr fortgingen, schlug es vom Domturm 2 Uhr.“

„Am ersten Weihnachtstagesabend sahen wir bei Maria Viktorowna zu Mittag.“

„Den zweiten Teil der Matthäus-Passion bilden vier Szenen.“

„Die dritte Szene, die Gesangnahme, ist ein Meisterstück.“

„Den zweiten Teil der Matthäus-Passion bilden vier Szenen.“

„Die zweite Szene schildert die höchste Seelennot.“

„Die dritte Szene, die Gesangnahme, ist ein Meisterstück.“

allmählich ein, daß wir nicht alles klar war, und ich bemühte mich, möglichst bestimmte Überzeugungen zu gewinnen.“

„Am Dreifünftag reiste er wieder nach Petersburg.“

„Ihre Augen füllten sich mit Tränen, sie stand auf und ging zu der Karpowna.“

„Künderfrau, wozu habe ich bis jetzt gelebt?“

„Vor dem Weggang kam meine Schwester zu mir ins Zimmer.“

„Vor dem Weggang kam meine Schwester zu mir ins Zimmer.“

Arbeiter-Bildungsanstalt.

Zur Aufführung der Matthäus-Passion am Dienstag, dem 22. März, 7/7 Uhr, in der Thomaskirche.

Eine kulturelle Aufgabe hat sich das Arbeiter-Bildungsanstalt damit gestellt, daß es die Matthäus-Passion von Joh. Seb. Bach (1685-1750) aufzuführen wolle.

Die Geschichte der Kreuzigung ist bekannt, nur über die Auffassung der Arbeiterklasse zu Gehör bringen können.

Der erste Teil der Matthäus-Passion besteht aus drei Szenen: 1. Christus mit seinen Jüngern, 2. Christus auf Gethsemane, 3. Die Gesangnahme Jesu.

Die zweite Szene schildert die höchste Seelennot und Verzweiflung Christi, da er auf Gethsemane von den schlafenden Jüngern verlassen ist.

Die dritte Szene, die Gesangnahme, ist ein Meisterstück und wirkt mehr realistisch durch die gewaltigen dramatischen Bilder im Orchester und Chor.

Den zweiten Teil der Matthäus-Passion bilden vier Szenen: 1. Die Vernehmung Christi vor den Hohenpriestern, 2. Christi Verhör durch Pilatus, 3. Die Kreuzigung, 4. Die Klage über das Jüdische Volk.

Die zweite Szene schildert die höchste Seelennot und Verzweiflung Christi, da er auf Gethsemane von den schlafenden Jüngern verlassen ist.

Die dritte Szene, die Gesangnahme, ist ein Meisterstück und wirkt mehr realistisch durch die gewaltigen dramatischen Bilder im Orchester und Chor.

Den zweiten Teil der Matthäus-Passion bilden vier Szenen: 1. Die Vernehmung Christi vor den Hohenpriestern, 2. Christi Verhör durch Pilatus, 3. Die Kreuzigung, 4. Die Klage über das Jüdische Volk.

Die zweite Szene schildert die höchste Seelennot und Verzweiflung Christi, da er auf Gethsemane von den schlafenden Jüngern verlassen ist.

Die dritte Szene, die Gesangnahme, ist ein Meisterstück und wirkt mehr realistisch durch die gewaltigen dramatischen Bilder im Orchester und Chor.

Den zweiten Teil der Matthäus-Passion bilden vier Szenen: 1. Die Vernehmung Christi vor den Hohenpriestern, 2. Christi Verhör durch Pilatus, 3. Die Kreuzigung, 4. Die Klage über das Jüdische Volk.

Die zweite Szene schildert die höchste Seelennot und Verzweiflung Christi, da er auf Gethsemane von den schlafenden Jüngern verlassen ist.

Die dritte Szene, die Gesangnahme, ist ein Meisterstück und wirkt mehr realistisch durch die gewaltigen dramatischen Bilder im Orchester und Chor.

Den zweiten Teil der Matthäus-Passion bilden vier Szenen: 1. Die Vernehmung Christi vor den Hohenpriestern, 2. Christi Verhör durch Pilatus, 3. Die Kreuzigung, 4. Die Klage über das Jüdische Volk.

eine der schönsten Solopassagen bildet. Die Episode von Judas' Neue und Tod schildert Bach mit dem kurzen, gereizten Doppelpfeil „Was achte uns das an“ und dem uns erschauern machenden Duett der beiden Priester „Es laugt nicht“ mit dem Schluss „Es ist Mitternacht“.

Die zweite Szene, wo Pilatus fragt, welchen er freigelassen solle, wirkt sehr dramatisch durch den wuchtigen Ausruf des Volkes (der Chöre) „Barabbas“ und gleich drauf den ausdrucksvollen Ausruf des Pilatus „Nicht ihn freilassen“, sowie den Chor „Sohn David komme über uns“.

Der dritte Abschnitt, die Kreuzigung, setzt mit der Barabba-Arie ein „Da freilich will in uns“.

Der vierte Abschnitt besingt Christus. Am Abend, da es kühle ward und „Mache dich, mein Herze rein“, im Doppelpfeil „Herr, wir haben gedacht“ kommt nochmals eine dramatische Durchsührung.

Der vierte Abschnitt besingt Christus. Am Abend, da es kühle ward und „Mache dich, mein Herze rein“, im Doppelpfeil „Herr, wir haben gedacht“ kommt nochmals eine dramatische Durchsührung.

Der vierte Abschnitt besingt Christus. Am Abend, da es kühle ward und „Mache dich, mein Herze rein“, im Doppelpfeil „Herr, wir haben gedacht“ kommt nochmals eine dramatische Durchsührung.

kleine Chronik.

Nur Gründung einer Vereinigung für Schaffung eines Naturschutzparks in der Umgebung Leipzigs waren am 17. März die Vertreter einer größeren Anzahl von naturkundlichen Vereinen unserer Stadt zusammengetreten.

Die zweite Szene, wo Pilatus fragt, welchen er freigelassen solle, wirkt sehr dramatisch durch den wuchtigen Ausruf des Volkes (der Chöre) „Barabbas“ und gleich drauf den ausdrucksvollen Ausruf des Pilatus „Nicht ihn freilassen“, sowie den Chor „Sohn David komme über uns“.

Der dritte Abschnitt, die Kreuzigung, setzt mit der Barabba-Arie ein „Da freilich will in uns“.

Der vierte Abschnitt besingt Christus. Am Abend, da es kühle ward und „Mache dich, mein Herze rein“, im Doppelpfeil „Herr, wir haben gedacht“ kommt nochmals eine dramatische Durchsührung.

Der vierte Abschnitt besingt Christus. Am Abend, da es kühle ward und „Mache dich, mein Herze rein“, im Doppelpfeil „Herr, wir haben gedacht“ kommt nochmals eine dramatische Durchsührung.

Der vierte Abschnitt besingt Christus. Am Abend, da es kühle ward und „Mache dich, mein Herze rein“, im Doppelpfeil „Herr, wir haben gedacht“ kommt nochmals eine dramatische Durchsührung.

Der vierte Abschnitt besingt Christus. Am Abend, da es kühle ward und „Mache dich, mein Herze rein“, im Doppelpfeil „Herr, wir haben gedacht“ kommt nochmals eine dramatische Durchsührung.

Der vierte Abschnitt besingt Christus. Am Abend, da es kühle ward und „Mache dich, mein Herze rein“, im Doppelpfeil „Herr, wir haben gedacht“ kommt nochmals eine dramatische Durchsührung.

Der vierte Abschnitt besingt Christus. Am Abend, da es kühle ward und „Mache dich, mein Herze rein“, im Doppelpfeil „Herr, wir haben gedacht“ kommt nochmals eine dramatische Durchsührung.

Der vierte Abschnitt besingt Christus. Am Abend, da es kühle ward und „Mache dich, mein Herze rein“, im Doppelpfeil „Herr, wir haben gedacht“ kommt nochmals eine dramatische Durchsührung.

Der vierte Abschnitt besingt Christus. Am Abend, da es kühle ward und „Mache dich, mein Herze rein“, im Doppelpfeil „Herr, wir haben gedacht“ kommt nochmals eine dramatische Durchsührung.

Der vierte Abschnitt besingt Christus. Am Abend, da es kühle ward und „Mache dich, mein Herze rein“, im Doppelpfeil „Herr, wir haben gedacht“ kommt nochmals eine dramatische Durchsührung.

Der vierte Abschnitt besingt Christus. Am Abend, da es kühle ward und „Mache dich, mein Herze rein“, im Doppelpfeil „Herr, wir haben gedacht“ kommt nochmals eine dramatische Durchsührung.

Der vierte Abschnitt besingt Christus. Am Abend, da es kühle ward und „Mache dich, mein Herze rein“, im Doppelpfeil „Herr, wir haben gedacht“ kommt nochmals eine dramatische Durchsührung.

Der vierte Abschnitt besingt Christus. Am Abend, da es kühle ward und „Mache dich, mein Herze rein“, im Doppelpfeil „Herr, wir haben gedacht“ kommt nochmals eine dramatische Durchsührung.

Der vierte Abschnitt besingt Christus. Am Abend, da es kühle ward und „Mache dich, mein Herze rein“, im Doppelpfeil „Herr, wir haben gedacht“ kommt nochmals eine dramatische Durchsührung.

Der vierte Abschnitt besingt Christus. Am Abend, da es kühle ward und „Mache dich, mein Herze rein“, im Doppelpfeil „Herr, wir haben gedacht“ kommt nochmals eine dramatische Durchsührung.

Der vierte Abschnitt besingt Christus. Am Abend, da es kühle ward und „Mache dich, mein Herze rein“, im Doppelpfeil „Herr, wir haben gedacht“ kommt nochmals eine dramatische Durchsührung.

Eingelaufene Schriften.

Handels-Hochschule Berlin. Antikares Verzeichnis des Personals und der Studierenden, Wintersemester 1920/21, Preis 50 Pf.

Der Abruch. Nr. 1, 4. Jahrgang. Herausgeber Otto Schneider und F. B. Neumann, Erich Reiß Verlag, Berlin W. 62. Gerhart Seger: Proletkrieger und Theorie. Verlagsgemeinschaft Freiheit, Berlin C. 2. Preis 2,50 M.

Alexander Stein: Agrarfrage und der Sozialismus. Verlagsgemeinschaft Freiheit, Berlin C. 2. Preis 2,50 M.

Wilhelm Lenczowski: Der „Reichsbürger“. Vandorverlag Bernhard Lamen u. Co., Leipzig. Preis 8 M.

Bobachs Kinder-Walden-Album 1921. Verlag W. Robach u. Co., Leipzig.

Argentinus: Vom Gelde. Briefe eines Bankdirektors an seinen Sohn. Von Gelde, Berlin W., Marktstraße 9. In Reclams Universitätsbibliothek erschienen: Gottfried Keller, Nr. 6191-6170: Der grüne Heinrich. Romo. Zwei Bände. Gebunden 10 M., gebunden 10 M.







Reichstag.

Berlin, den 19. März.

Als erster Punkt der Tagesordnung wird das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz einem neu zu bildenden Ausschuss von 28 Mitgliedern überwiesen. In allen drei Beratungen angenommen wird das Gesetz zur Änderung des § 11 Abs. 3 der Reichsabgabenordnung sowie das Gesetz über die Vertretung der Kinder im Reichsrat. In dritter Beratung gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen wird der Reichshaushaltplan von 1920 mit einigen Ausschussentscheidungen und der Haushaltsplan von 1921 mit den Ausschussentscheidungen des Ausschusses.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Erhöhung der Postgebühren.

Der Ausschuss hat die Vorlage in einigen Punkten umgestaltet und a. B. das Ortsporto wieder eingeführt. Nach den Ausschussbeschlüssen beträgt die Gebühr für die Postkarte im Ortsverkehr 30 Pfg., im Fernverkehr 40 Pfg., für den Brief im Ortsverkehr bis 20 Gramm 40 Pfg., bis 250 Gramm 60 Pfg. und im Fernverkehr bis 20 Gramm 60 Pfg., bis 100 Gramm 80 Pfg. und bis 250 Gramm 1.20 M. Neu eingeführt ist die Drucksachentelegramm, die 10 Pfg. kosten soll. Die Drucksache kostet bis 50 Gramm 15 Pfg., bis 100 Gramm 30 Pfg., bis 250 Gramm 60 Pfg., bis 500 Gramm 80 Pfg., bis 1 Kilo 1 M. Ortsverkehr ist der Verkehr innerhalb des Orts- und Landbestellbezirktes des Aufgabepostortes. Die Grenze des Aufgabepostortes deckt sich mit der Gemeindegrenze. Die Gebühr für Postanweisungen beträgt bis 50 M. einschließlich 50 Pfg., bis 250 M. 1 M., bis 500 M. 1.50 M., bis 1000 M. 2 M., bis 1500 M. 3 M., bis 2000 M. 4 M.

Abg. Jubeil (USP.): Die Postverwaltung hat früher immer Ueberwachungscharakter gehabt. Wenn sie die kleineren Beamten und Angestellten ausreichend bezahlt hätte, so wäre sie nicht in die jetztige Kalamität hineingekommen. Nun ist das Defizit da und soll auf Kosten der breiten Masse des Volkes gedeckt werden. Die Geschäftswelt wird es verstehen, die erhöhten Gebühren durch Erhöhung der Preise auf das Publikum abzuwälzen. Es handelt sich um eine indirekte Steuer. Auch diese Vorlage wird die Minderheit bei der Post nicht beistimmen. Nur bei entsprechenden Reformen in der Postverwaltung können wir diesem Etat zustimmen.

Abg. Pinau (Soz.): Wir legen Gewicht darauf, daß der Zuschlag, wonach Briefpostkarten, auf deren Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitssprüche mit höchstens 5 Worten niedergeschrieben sind, als Drucksachen behandelt werden, mit aufgenommen wird. Die Postkartenindustrie, die vor dem Kriege sehr bedeutend war, ist sehr zurückgegangen und wird, wenn die Portoserhöhung für die Kategorie eintritt, gänzlich in Frage gestellt. In der Postkartenindustrie werden gegen 29 000 Arbeiter beschäftigt. Der Postkartenvertrieb ist um 1500 Millionen Stück zurückgegangen. Wenn für den Postkartenvertrieb keine Erleichterung geschaffen wird, dann werden die in dieser Industrie tätigen Arbeiter eines Tages brotlos sein und das Heer der Arbeitslosen schrecklich vermehren.

Abg. Malchow (Komm.): Die Erhöhung der Postgebühren erscheint uns als das ungeliebteste Objekt, den Postfinanzen auf die Beine zu helfen. Wir betrachten dieses Gesetz als Bankrottserklärung. Die großen Unternehmen werden Mittel und Wege finden, um die hohen Gebühren herumzukommen. Ich erwarte den Reichspostminister um Aufklärung, ob die der Post übergebenen Zeitungen unter Zwangsnahmen geschnitten sind.

Reichspostminister Giesberts: Die der Post übergebenen Zeitungen genießen die Sicherheit des Postverkehrs. Wir haben keinen Einfluß einzugreifen, wenn nicht die Postbehörden darauf drängen. Der sozialdemokratische Antrag bez. der Ansichtspostkarten ist mir bedenklich. Vor dem Kriege wollte man gerade die Ansichtspostkarten besteuern, weil sie kein notwendiger Bedarfsartikel sind. Dieser Antrag ist engherziger als der Ausschussbeschluss, nach welchem man die Hilfsmittel wieder aufheben kann, wenn sie überflüssig geworden sind. Die Preise kann sich nicht über einen Mangel an Entgegenkommen beklagen, denn die geforderten Zeitungsverlagsgebühren decken nicht einmal den sechsten Teil der Selbstkosten.

Darauf wird der Antrag Pinau (Soz.) angenommen.

Reichspostminister Giesberts erwidert dringend um Ablehnung des Antrags Jubeil, der bei Ueberschreitung der 5-Kilo-Grenze bei Paketen bis 1 Kilo nur 1 M. mehr erheben, also die Pakete nicht in die nächst höhere Tariffstufe eintreten will, wodurch der ganze Tarif durchbrochen würde.

Der Antrag Jubeil (USP.) wird gegen die Stimmen der Sozialisten abgelehnt. Ingenommen wird ein Antrag über die Verpackung der Zeitungen für den Postvertrieb, wonach die Verpackung durch die Postverwaltung auszuführen ist.

Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung unverändert angenommen. — Das Haus nahm ferner ohne Aussprache die Vorlagen über die Inkraftsetzung der vom Westpostkongress in Madrid beschlossenen Auslandspostgebühren an; weiter die Gesetzentwürfe zur Änderung des Postfahrgesetzes und der Telegraphengebühren.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes.

Abg. Dr. Herz (USP.): Die treuesten Stützen der Regierungsvorlage sitzen auf der linken Seite. Die bürgerlichen Parteien zeigen immer unerschütterliche Bestrebungen, die Besteuerungen abzubauen und alle Steuern auf die bestlosen Klassen abzuwälzen. Besonders die internationalen Abänderungsanträge geben davon Zeugnis. Man will jetzt auf der Rechten sogar das niedrigere Einkommen von 1919 und nicht das von 1920 der Steuerbelastung zugrunde legen. Weiter will die Rechte im Gegensatz zur ursprünglichen Regierungsvorlage die Steuerfreiheit für alle Spekulations- und Veräußerungsgewinne einführen. Eine besondere Verschlechterung zugunsten der bestehenden Schichten liegt darin, daß das Einkommenbestand eines Jahres in Abzug gebracht werden kann vom Einkommen des nächsten Jahres. Die Arbeitlosen haben ein solches Recht nicht und niemand nimmt es für sie in Anspruch. Am ungeheuerlichsten ist wohl die Bestimmung über die Minderbesteuerung der einmaligen Einnahme. Ich muß es bedauern, daß der Widerstand des Reichsfinanzministers gegen diese Verschlechterung der Regierungsvorlage im Ausschuss außerordentlich gering war. Dagegen hat der Minister es für richtig gehalten, eine Kudersteuer einzuführen. Dadurch soll dann der Ausfall an Einnahmen infolge dieser Verschlechterungen gedeckt werden. Ich mache dem Minister persönlich keinen Vorwurf: Ich weiß, daß er politische Rücksichten zu nehmen hat auf den großindustriellen Einfluß in seiner Partei. Bei den Lohn- und Gehaltsempfängern ist die Steuerfreiheit bis ins Unerträgliche angewandt. Es ist nicht wahr, daß die Gewerkschaften niemals zum Widerstand gegen den Lohnabzug aufgefordert haben; andererseits haben sich die landwirtschaftlichen Interessentenverbände stark in diesem Sinne betätigt. Man solle sich ein Beispiel nehmen an Oesterreich, das trotz seines Finanzjubiläums das Arbeitseinkommen nur mit 3,8 Prozent belastet; wir hingegen erheben selbst bei Annahme der Verbesserungsvorschläge immer noch 7 Prozent. Wenn man unsere finanzielle Notlage dafür ins Treffen führt, so weisse ich hin auf die Aktion zur Verbilligung von Futtermitteln, die den Landwirten eine Viehschabe von 1325 Millionen M. gebracht hat, ohne daß die Schweinezucht sich erheblich vermehrt hätte. Die Großgrundbesitzer treiben mit den Bezugsgebühren für Mais einen schwunghaften Handel an der Börse. Ueber die wichtige Frage des Lohnsteuergesetzes, das erst in einigen Monaten vorgelegt

werden soll, muß jetzt sofort die nötige Klarheit geschaffen werden. Die Arbeiter und Angestellten wollen aus guten Gründen den Versicherungen der Regierung nicht glauben, daß keine Nachberauszahlung und kein nachträgliches Einzug der Steuern erfolgt.

Abg. Düwelle (Komm.): Falls eine Prämie ausgekehrt wäre für die Aufhebung möglichst vieler Wege zur Steuerhinterziehung, so hätte sie der Steuerausgleich bei der Beratung dieser Vorlage verdient. Die Vorlage zeigt deutlich die ganze Kapitallosigkeit des kapitalistischen Staates. Wie wir es erwartet haben, werden die breiten Massen der Bevölkerung auch durch das neue Gesetz genötigt, die ganzen Lasten der verkehrten Finanzpolitik während des Krieges und nachher zu tragen. Die Folge wird eine neue Verteuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse sein. Jede Verteuerung bedeutet ja eine Verelendung des ursprünglichen Betrages durch die Preisausschläge der Produzenten. Der Redner begründet dann einen kommunistischen Abänderungsantrag, der eine aufsteigende Steuerkala vorseht, wonach die ersten 20 000 Mark des steuerpflichtigen Einkommens mit 15 Prozent, die höheren Einkommen in starker progressiver Steigerung bis zu 65 Prozent besteuert werden. Das steuerfreie Existenzminimum soll jährlich neu festgesetzt werden, und zwar von den städtischen statistischen Ämtern oder von einem vom Reichsfinanzminister dazu zu ernennenden Organen. Redner schließt mit der Anforderung an die Regierung, ein Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland abzuschließen, da das Heil der deutschen Wirtschaft und ihre Wiedererstarung vom Osten komme: Macht sich die deutsche Regierung diese Erkenntnis nicht bald zu eigen, dann werden sie die Arbeiter zum Teufel jagen. (Lachen.)

Abg. Reil (Soz.): Zu einer Generaldebatte ist jetzt keine Zeit. Eine allgemeine Aussprache über die deutsche Steuerpolitik wird erfolgen, wenn die beabsichtigten Verbrauchssteuern dem Reichstage zugehen werden. Die Fragen, die mit dieser Vorlage im Zusammenhang stehen, und über die Dr. Herz gesprochen hat, sind im Ausschuss ausführlich besprochen worden. Dort haben wir auch unsere Forderungen vertreten. Die Ausführungen des Abg. Düwelle zeigen, daß er noch nicht so tief in die Probleme der Steuerpolitik eingedrungen ist, daß eine Diskussion sich mit ihm lohnt. (Sehr wahr! Anrufe links.) Wir haben im Ausschuss einige Verbesserungen durchgesetzt. Es sind aber eine Reihe von Anträgen der Regierungsparteien in die Regierungsvorlage hineingekommen, denen wir mit großem Bedenken gegenüberstehen, besonders sind es die Beschlüsse über die Abschreibungen und Rücklagen. Die Vorlage in der Ausschussfassung bedeutet eine Aushöhung der Einkommensteuer, eine Begünstigung der Einkommen aus Sachvermögen auf Kosten der Einkommen aus Arbeits- und reinem Papiervermögen. Wir beantragen Streichung der Ziffer 1a des Art. 1. Sie macht einkommensteuerpflichtig nur die Spekulationsgewinne aus Verkäufen. Die Absicht der bürgerlichen Parteien im Ausschuss, sogar alle Veräußerungsgeschäfte steuerfrei zu lassen, haben wir verhindern können. Weil die Ausschussfassung die meisten Spekulationsgewinne noch freiläßt, sind wir gegen diese. Die Sätze der Besteuerung, die dazu nur alle drei Jahre erhoben wird, sind verhältnismäßig gering, daß kein Ausgleich dadurch geschaffen wird.

Abg. ten Hemptel (Fr.): Es können nicht alle Veräußerungen steuerpflichtig gemacht werden, weil dabei nur zu häufig auch Verluste der Verkäufer eintreten.

Abg. Becker-Hessens (D. Vp.): Durch die Einkommensteuer-novelle erreichen wir, daß der Tarif für Einkommen bis 100 000 namentlich bis 25 000 M. wesentlich herabgemindert wird. Ich bitte um Annahme der Ausschussbeschlüsse.

Abg. Dr. Helfferich (Dnat.): Die Novelle in der Ausschussfassung bringt einige wesentliche Verbesserungen gegenüber der ursprünglichen Vorlage, namentlich ist der erste Schritt gemacht, um den Lohnabzug zur Lohnsteuer auszugestalten. Eine doppelte Besteuerung des Einkommens des Kalenderjahres 1920 muß vermieden werden. Die Kritik der Linken richtet sich weniger gegen die Vorlage als gegen das geltende Gesetz überhaupt. Auf eine Herabsetzung der aberen Steuerfüße haben wir verzichtet. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Der Antrag Reil (Soz.) auf Streichung der Ziffer 1a im Art. 1 wird abgelehnt.

Abg. Dr. Herz (U. Soz.) begründet einen Antrag, Ausgaben für kirchliche Zwecke nicht steuerfrei zu lassen und Beiträge für wissenschaftliche Zwecke usw. nur bis zu 5 Prozent des Gesamteinkommens steuerfrei zu lassen. Den Antrag Pohlmann (Dem.), der auch Ausgaben für kulturfördernde und politische Vereinigungen von der Steuer befreien will, lehnen wir ab.

Finanzminister Dr. Wirth: Ich bitte, den Antrag Pohlmann abzulehnen, dagegen dem Antrag Herz zuzustimmen.

Die kirchlichen Ausgaben werden steuerfrei gelassen gegen die Stimmen aller Sozialisten. Der Antrag Pohlmann wird gegen die Stimmen der Rechten und der Demokraten abgelehnt. Der Antrag der Sozialdemokraten und Unabhängigen, Beiträge nur bis zu 5 Prozent des Einkommens steuerfrei zu lassen, wird im Himmelssturm mit 141 bürgerlichen Stimmen gegen 138 aller Sozialisten und einiger Demokraten und Zentrumseute abgelehnt. Ein sozialdemokratischer und unabhängiger Antrag, Spekulationsverluste nicht steuerabzugsfähig zu machen, wird abgelehnt. Die Bestimmung, daß das Defizit des Vorjahres für das folgende Steuerjahr abzugsfähig sein soll, wird auf Antrag der Sozialdemokraten gestrichen, da außer den Sozialisten auch ein Teil der Demokraten und des Zentrums für die Streichung stimmt.

Der § 22 des Einkommensteuergesetzes wird auf Antrag der Regierungsparteien gestrichen. Auf Antrag derselben Parteien wird im § 26 bestimmt, daß für jede zum Haushalt zählende Person sich die Einkommensteuer um 120 M. ermäßigt, wenn das Einkommen nicht mehr als 60 000 M. jährlich beträgt, und daß sie sich um 80 M. ermäßigt, wenn das Einkommen nicht mehr als 100 000 M. beträgt. Für 1921 und die folgenden Rechnungsjahre sollen für minderjährige Kinder 180 M. abgezogen werden, wenn das steuerfreie Einkommen 24 000 M. nicht übersteigt.

Abg. Reil (Soz.): Das Zugeständnis steuerfreier Rücklagen geht zu weit. Deshalb beantragen wir Streichung dieser Bestimmung. Der Antrag Reil (Soz.) wird abgelehnt.

Abg. Reil (Soz.) beantragt für die Anrechnung der Kapitalertragssteuer der über 60 Jahre alten oder erwerbsunfähigen Steuerpflichtigen auf die Einkommensteuer eine Staffel, bei der 100 Prozent angesetzt werden bei Einkommen von nicht mehr als 5000 M., herabgehend um je 10 Prozent bis zur Anrechnung von 10 Prozent bei Einkommen von nicht mehr als 14 000 M. — Dieser Antrag wird angenommen.

Der Ausschuss will den steuerfreien Einkommensteil auf 4 M. täglich, 24 M. wöchentlich oder 100 M. monatlich auf jedes Haushaltsmitglied festsetzen.

Die Sozialdemokraten beantragen Verdoppelung dieser Sätze. Die Regierungsparteien wollen sie für den Steuerpflichtigen und die Ehefrau bestehen lassen, für die Kinder auf 6.36 M. bzw. 150 Mark erhöhen.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Die Werbungskosten sind örtlich sehr verschieden; über 1800 M. jährlich werden wir nicht hin ausgehen können. Auf Antrag könnte vielleicht nachträglich eine Erhöhung eintreten.

Alle sozialistischen und kommunistischen Anträge werden abgelehnt, der Antrag der Regierungsparteien angenommen.

Abg. Aufhäuser (U. Soz.) beantragt die Streichung der Bestimmung, daß Ausgaben für Kleinwohnungsbauten steuerabzugsfähig sein sollen. Der Staat müßte mindestens in irgendeiner Form teilhaben an dem Besitz dieser Häuser, wenn etwa ein reicher Verlobter sie für seine Arbeiter baut.

Abg. Pohlmann (Dem.) beantragt einen Zusatz, wonach bei Wiederveräußerung des Gebäudes die steuerfreien Aufwendungen wieder zur Steuer herangezogen werden.

Die Bestimmung wird unter Ablehnung aller anderen Abänderungsanträge in der Form des Antrages Pohlmann angenommen.

Abg. Helfferich (Dnat.) beantragt, daß die Bestimmung über den Abzug von berechtigten Rücklagen auch auf die juristischen Personen ausgedehnt wird. — Die Ausschussvorlage wird aufrechterhalten.

Im übrigen wird die Vorlage in der Ausschussfassung angenommen, ebenso eine Entschleunigung, wonach den Gemeinden für die entstehenden Ausfälle in Folge der notwendig werdenden Aufhebung des § 30 des Landessteuergesetzes Ersatz gewährt werden soll. — Die dritte Lesung wird vorläufig zurückgestellt.

Darauf wird die Abstimmung über das Gesetz betr. die Vertretung der Länder im Reichsrat noch einmal vorgenommen, da bei der ersten Abstimmung die zu einer Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit aller Abgeordneten nicht vorhanden war. Das Gesetz wird einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfes über die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes in der Unfallversicherung.

Abg. Karsten (U. Soz.): Anstatt an den Invaliden und Rentnern zu sparen, sollte man lieber die zahlungsfähige und in jeder Lage den Verhältnissen sich anpassende Industrie zur Finanzierung des Staates heranziehen. Die Drittelungsgrenze der Renten muß fallen gelassen werden. Die von der Kommission vorgeschlagene 12 000-Mark-Grenze bei der Rentenberechnung ist eine Schmach, wo für die „armen“ Reeder Milliarden zur Verfügung stehen, muß auch Geld für die Sozialversicherung aufgebracht werden. Es geht nicht an, daß die unter dem Raubsystem des Kapitalismus zugrunde Gerichteten oder bauern Geschädigten einfach dumm, wenn sie nicht mehr produktiv sind, dem Hungertode preisgegeben werden. Eine Ablehnung unserer Forderungen zugunsten der Rentner, Witwen und Waisen würde einen Bankrott unserer Sozialversicherung bedeuten.

Reichsarbeitsminister Brauns: Die Vorschläge des Ausschusses gehen weit über die Regierungsvorlage hinaus. Die Regierung hat sich in ihrer Vorlage mit Vorbedacht auf eine neue dem gesunkenen Geldwert besser angepaßte Regelung der sogenannten Drittelungsgrenze beschränkt. Auch aus praktischen Erwägungen kann die Reichsregierung der Drittelungsgrenze von 12 000 M. nicht beitreten, sie wäre aber bereit gewesen, diese auf 9000 M. festzusetzen. Die Regierung muß diese Dinge auch im Zusammenhang mit den anderen Reformen im Versicherungswesen unter Berücksichtigung der allgemeinen Finanzlage betrachten.

Abg. Barch (Komm.): Die Regierung bringt noch im letzten Augenblick Bedenken gegen die Keuzregelung, durch die wenigstens die schärfsten Härten beseitigt werden, vor. Den Rednern und der Landwirtschaft wirft man Milliarden in den Rachen, aber für einen derartig sozialen Zweck hat man nichts übrig. Es ist bedauernd, daß der Vorschlag der Regierung zuerst auf 5400 M. lautete, während der Reichswirtschaftsrat 7500 M. vorschlug.

Abg. Andre (Fr.): Ich habe schon im Ausschuss auf die Notwendigkeit der Entschleunigung hingewiesen und auf die Notwendigkeit des weiteren Ausbaus. Gegenüber dem Vorschlag des Reichswirtschaftsrats auf 7500 M. haben die Koalitionsparteien 10 200 Mark vorgeschlagen. Von meinem ursprünglichen Antrage auf 12 000 M. bin ich in Erwägung der berechtigten Bedenken der Reichsregierung auf diesen Kompromißvorschlag zurückgegangen, damit überhaupt etwas zustandekommt.

Abg. Aufhäuser (U. Soz.): Auch nach den Ausschussbeschlüssen bleibt für die Angestellten nur eine Fülle von Härten. Besonders unverständlich ist die Bestimmung, daß für die Angestellten eine Gehaltsgrenze eingeführt werden soll, bis zu der sie versicherungspflichtig sind, während die Arbeiter ohne jede Lohnbegrenzung gegen Unfall versichert werden. Diese Bestimmung birgt eine große Ungerechtigkeit gegen die Angestellten und ist unhaltbar.

Abg. Thiel (D. Vp.): Ich warne vor Festlegung einer Gehaltsgrenze, über die hinaus die Arbeiter und Angestellten nicht versicherungspflichtig sein sollen.

In namentlicher Abstimmung wird ein Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien, statt 12 000 M. zu sagen 10 200 M. mit 139 gegen 136 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Es verbleibt also bei 12 000 M.

Der Ausschuss hatte beantragt, den Rentnern dieselbe Zulage zu gewähren wie den Rentnern. Ein Antrag der Regierungsparteien will diese Bestimmung wieder streichen. In namentlicher Abstimmung wird die Streichung mit 140 gegen 136 Stimmen angenommen.

Eine Entschleunigung des Ausschusses, die die Neufestsetzung des Ortslohns nach Wirtschaftskrisen verlangt, wird angenommen. Damit ist die zweite Lesung beendet.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes zur Ausführung des Art. 177/178 des Friedensvertrages. (Gesetzlichorganisationsgesetz.)

Abg. Unterleitner (U. Soz.): Das Gesetz wäre nicht notwendig gewesen, wenn die Regierung rechtzeitig die allgemeine Entwaffnung durchgeführt hätte. Der Hauptschuldige ist dabei die bayerische Regierung. Mit dem Gesetz ist nicht viel anzufangen. Wir fordern die Auflösung der Einwohnerwehren nicht nur aus außenpolitischen, sondern auch aus innenpolitischen Gründen. Die Einwohnerwehren schaffen nur Beunruhigung und beschwären neue politische Kämpfe herauf. Man kann sie nicht, wie der Minister es tat, mit Wach- und Schließgesellschaften vergleichen. Wenn bei den Strafandrohungen in dem Entwurf zwischen Gefängnisstrafen und Festungsstrafen unterschieden wird, so wissen wir schon, daß man die Arbeiter mit Gefängnis bestrafen wird, und mit Festung werden ist, muß ausdrücklich hinzugefügt werden. Der Redner bespricht ausführlich die bayerischen Vorgänge. Der Minister Simons ist ein besonderer „Liebling“ der bayerischen Reaktion. Nach dem Bayerischen Kurier, dem Verborgan des Herrn v. Kahr, herrscht in der Reichsregierung selbst keine Einmütigkeit in der Entwaffnungsfrage. Die Beziehungen gewisser bayerischer Regierungskreise zu Frankreich scheinen wieder sehr innig zu werden und dürften eine Besetzung Bayerns durch die Entente verhindern. Wir fordern in unserm Antrag Auflösung, Verbot und Entwaffnung der Einwohnerwehren ohne jede Einschränkung. (Beifall b. d. U. Soz.)

Abg. Thomas (Komm.): Das Gesetz sollte die endgültige Entwaffnung des deutschen Volkes durchführen, aber es wird genau das Gegenteil von dem sein, was es soll. Der Finanzminister Koch hat ja sogar im Ausschuss erklärt: Haben Sie keine Angst, meine Herren, mit der Entwaffnung hat das Gesetz nichts zu tun! Das heißt, daß die wahren Konterrevolutionäre in Bayern usw. nicht entwaffnet werden sollen, und das geht auch aus den gemeinsamen Anträgen der Bürgerlichen hervor. Wir haben doch angeblich eine weltgehende Rede- und Pressefreiheit in Deutschland. Als gestern die rote Fahne in einem Artikel die Arbeiterschaft zu denselben Maßnahmen aufforderte, wie die Orde und die anderen Selbstschutzhorganisationsen sie tatsächlich gebrauchen, wurde sie beschlagnahmt. Und als sie heute früh einen Kommentar zu dieser Beschlagnahme brachte, wurde sie abermals beschlagnahmt, und ebenso erasing es allen Provinzzeitungen, die diesen Artikel abdruckten. Wir erklären Ihnen (nach rechts) offen, daß wir gewaltsam Ihre Bestrebungen unterdrücken werden. Herr Schiffer mit seinen Änderungsanträgen macht das Gesetz wässrig zur Farce. Wir fordern die Entwaffnung der Bourgeoisie und die Bewaffnung des Proletariats.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Wir halten Herrn v. Kahr für einen Mann, der im Geist der Zeit von 1914 lebt. Das deutsche Volk hat unter seinem Unverstand schwer zu leiden. Meine Fraktion ist zwar aus innerpolitischen Gründen gegen die Selbstschutzhorganisationsen, aber für diese Vorlage treten wir aus außenpolitischen



Ich den Gründen ein. Wir wollen die volle Verantwortung der Ausführung nicht den Gerichten, sondern der Regierung zuschieben. Wir sind der Ansicht, daß Selbstschutzorganisationen und Einwohnerwehren unter allen Umständen unter § 1 des Gesetzes fallen. Wir hätten eine stärkere Formulierung gewünscht, halten das Gesetz aber für einen brauchbaren Rahmen und machen die Regierung verantwortlich für eine genügende Durchführung.

In der Abstimmung wird der § 1 der Ausschlußfassung gegen Deutschnationale, Unabhängige und Kommunisten angenommen. Anträge der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen, wonach gegen die Verhängung einer Auflösung binnen zwei Wochen beim Verwaltungsgericht oder beim Staatsgerichtshof Beschwerde zulässig ist, werden abgelehnt, ebenso die unabhängigen Anträge. Die weiteren Paragraphen werden ebenfalls unverändert nach dem Ausschlußantrage angenommen.

Abg. Leicht (Fanz. Sp.) gibt für seine Partei folgende Erklärung ab: Weder der Friedensvertrag von Versailles noch die Abmachungen von Spa fordern die Einbringung dieses Gesetzes. (Unruhe links.) Wir bedauern diese Vorlage deshalb um so mehr, als sie mit einer Ueberführung (Zuruf links: Viel zu spät!) von der Reichsregierung eingebracht worden ist, daß die erforderliche Fühlungnahme unmöglich gemacht wurde. Die gegen unsre berechtigten Erwartungen vorgenommenen Änderungen zwingen uns, gegen das Gesetz zu stimmen. Wir bedauern dabei insbesondere, daß bei der Behandlung dieser Frage gegen die bayerische Regierung und die bayerische Einwohnerwehr maßlose und unbedingte Vorwürfe erhoben wurden. (Unruhe links. — Rufe: Unerhör!.) Die Bayerische Volkspartei erklärt in der Einwohnerwehr nach wie vor lediglich ein Werkzeug (Zuruf links: der Konterrevolution!) zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutz von Leben und Eigentum ruhiger Einwohner. (Großer Lärm links.)

Einleitung und Uebersicht der Vorlage werden danach angenommen. — Präsident Loebe schlägt vor, in einer Viertelstunde in einer neuen Sitzung die dritte Lesung des Gesetzes und anderer Gesetze vorzunehmen. — Abol. S. o. f. m. a. n. erhebt Einspruch. — Präsident Loebe: Der Einspruch bedarf geschäftsordnungsmäßig der Unterstützung von 15 Mitgliedern. — Der Präsident stellt die Unterstützungsfrage. Es erheben sich nur 12 Kommunisten. — Der Präsident beantragt darauf um 10 1/2 Uhr die nächste Sitzung auf 10 1/2 Uhr mit der Tagesordnung Dritte Lesungen an.

In der zweiten Sitzung wird zunächst die dritte Lesung des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages vorgenommen.

Abg. Graf Westarp (D. Sp.): Wir lehnen gerade aus außenpolitischen Gesichtspunkten den Gesetzentwurf ab. Nur fester Wille

und Widerstandskraft können dem Reiche in der jetzigen Lage helfen. Wir befürchten auch von der Handhabung des Gesetzes schwere innerpolitische Störungen, für die wir die Verantwortung nicht übernehmen können.

Abg. Dr. Rosenfeld (USP.): Wir lehnen das Gesetz ab, da es nicht eine Erfüllung des Friedensvertrages ist, sondern nur ein Gesetz zu seiner Sabotierung. Es ist eine Komödie und ein Täuschungsversuch. (Widerpruch.) Wird doch die Durchführung des Gesetzes in Bayern in die Hand des Herrn von Raab gelegt! Die bayerische Regierung hat eine Fülle von Verbrechen auf sich geladen. (Lärm.) Die Einwohnerwehren sind nur ein Werkzeug zur Wiedereinführung der Monarchie, ein Werkzeug der Konterrevolution. Die Mehrheitssozialisten haben dem Gesetz zugestimmt ohne die geringsten Garantien. (Widerpruch bei d. Soz.) Der Abgeordnete Müller irrt, wenn er meint, daß die Einwohnerwehren unter das Gesetz fallen. Das geht auch aus der eben gehaltenen Rede des Abgeordneten Westarp hervor. Die Mehrheitssozialisten tragen die Hauptverantwortung für das ungenügende Gesetz und für die eventuelle Verschärfung der Sanktionen. (Lärm.) Im Interesse des gesamten deutschen Volkes (Gelächter) stimmen wir als Arbeitervertreter gegen das Gesetz.

Präsident Loebe erteilt dem Abgeordneten Dr. Rosenfeld (USP.) wegen des Angriffs auf die bayerische Regierung einen Ordnungsruf.

Minister des Reichens Dr. Simons: Der Abgeordnete Graf Westarp hat diesen Gesetzentwurf als eine Verbeugung vor der Entente bezeichnet. Wenn von einer Verbeugung gesprochen werden kann, so nur von einer Verbeugung vor der deutschen Unterschrift unter den Versailler Friedensvertrag. Ob er uns nützen wird, das wird die Zukunft lehren. Wir sind jetzt gegenüber den Sanktionen unserer Gegner in einer sehr guten Lage, weil wir das Recht auf unserer Seite haben. Würden wir das Gesetz nicht machen, so würden wir unsre Rechtslage verschärfen. Der Abgeordnete Dr. Rosenfeld hat behauptet, das Gesetz sei ein Vossenspieler zur Täuschung der Entente. Wenn er das feststellt hat, so hat er es nicht vor dem deutschen Volke getan, sondern vor dem gegnerischen Auslande.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Dieses Gesetz ist ein genügendes Rahmengesetz, unter das auch die Einwohnerwehren fallen. Für seine Nichterfüllung ist die Reichsregierung unverantwortlich. Wir sind durchaus nicht umgefallen. Der Abgeordnete Rosenfeld hat derartige Umsätze schon oft bei uns konstatiert. Sie sind uns aber sehr gut bekommen. Die Wähler sind zu uns umgefallen. (Heiterkeit.)

Abg. Thomas (Komm.): Der Umfall der Mehrheitssozialisten ist nicht aus der Welt zu schaffen. Graf Westarp hat die bolschewistische Gefahr an die Wand gemalt. Die Gefahr droht nicht vom

Osten, sondern vom konterrevolutionären Süden. Das Gesetz, ein Mandat zur Täuschung der Entente, lehnen wir ab. Die Entente stellt bewußt das Reich fortwährend in Gegensatz zu Bayern, um Konflikte zu schaffen. An dem Tage, wo Bayern sich unter den Fittichen der französischen Republik wohler fühlt als bei dem demokratisch verfaßten Preußen, wird man sehen, wie wenig an dem ganzen Gerede von der bayerischen Reichstreue dran war.

Abg. Dr. Rosenfeld (USP.): Wenn es den Sozialdemokraten mit ihrer Stellungnahme gegen die Einwohnerwehren ernst wäre, so hätten sie für unsre Anträge stimmen müssen. Man soll sich doch nicht über angebliche Demunigationen an das Ausland entziehen. Das Ausland weiß über die deutschen Verhältnisse besser Bescheid als wir. In Bayern ist jetzt niemand beliebter als der Reichsminister Raab, der seinem etwas zuleide tun kann. Wir als die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft (Großer Lärm und Gelächter rechts) lehnen das Gesetz ab.

Das Gesetz wird in dritter Lesung angenommen. Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes.

Nach kurzer Debatte wird das Gesetz in der Gesamtabstimmung angenommen. Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes über die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes über die Unfallversicherung.

Reichsarbeitsminister Brauns: Die Reichsregierung kann dem Beschlusse der zweiten Lesung (Festsetzung auf 12 000 Mk.) im Hinblick auf die gesamten Folgen für die Sozialpolitik nicht beitreten. Ebenfalls kann die Regierung den Beschluß im Reichsrat empfehlen.

Die Abgg. Wolfenbühler (Soz.), Karsten (USP.) und Berk (Komm.) wenden sich gegen die Beschlüsse der Regierung. Gegen die Rente wird beschloffen, die Zahl 12 000 zu ersetzen durch 10 000. In dritter Beratung angenommen werden dann auch das Gesetz zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes, des Abwärtensfeuersteuergesetzes und das Gesetz über die vorläufige Zahlung zur Körperschaftsteuer. Das Gesetz zur Verlegung der Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine geht an den sozialpolitischen Ausschuss. Das Gesetz über die außerordentliche Beihilfe an die Rentner der Invalidenversicherung wird in allen drei Beratungen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Loebe schlägt vor, dem Präsidenten zu überlassen, Datum und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen, mit der Maßgabe, daß die nächste Sitzung spätestens am 20. April stattfindet. Der Präsident schließt mit der Hoffnung, daß der heutige Abstimmungstag Oberflächlich für immer mit dem Deutschen Reiche verbinde. Schluß 1/2 Uhr nachts.

**Reparaturen**  
an Uhren led. Bei nur strengster Ausführung u. unt. Garant. bei **Gustav Kaniss**  
Uhrmach. Tauchaer Str. 6.  
**Uhrmacher Urban**  
Spezialist für Reparaturen  
Wächterstraße 26.

**Möbel-Versteigerung.**  
Morgen Dienstag, den 22. März, vorm. 10 Uhr.  
verkauert wird im freiwilligen Auftrag des Eigentümers in **Blauwitz, Altkönigsche Straße 57**, folgende Möbel:  
5 Bettstellen m. Matr., Tisch, Stühle, Uhren, Eisschrank, Büffel, Bücherregal, Damen-Schreibtisch, Leiter, Grammophon m. 15 Platt., fast neue Sing.-Mähmaschine u. a. m.  
**Auktionshaus „Wett“**  
Max Krahl und Paul Krause  
Versteigerungs- und Taxatoren  
Leipzig-Blauwitz, Altkönigsche Straße 57.

**Emser Pastillen**  
gegen Heiserkeit, Husten  
Herstellung von Nachahmungen

**Kreide/Leim/Farben/Gips**  
Zement/Ansetzer/Pinsel/Schablonen/Firnis  
Fußbodenfarben u. Lacke/Torponin  
kauft man vortellh. b. **Foist, Rödelstr. 12, Tel. 40003**  
Straß. 1 u. 8. Farbenauftrag, id. Wunsch entspr.!

**Billige Korsetts**  
Weil kein Laden, große Auswahl! Anfertigung auch nach Maß, von melon oder auch zugekauften Stoffen.  
**Heinrichs, Leipzig-Schlößig, Könnertstr. 15.**

**Metallbett**  
Stahldrahtmatr., Korbett, Polster an ledern. Korbett, frei  
Klempnermeister, Sudl. 1. 2. 3. 4.

**Offene Beine**, Unterhosen,  
Kampfaberhosen, behandelt  
nach bewährter Methode  
Hypothek Brunnmann,  
U. Gohlis, Marktstraße 2,  
Straßenbahn 6. Sprechst.  
10-1, 3-5. Sonnt. vorm.

**Arbeitsmarkt**

**Zücht. Kesselschmiede**  
die in der Bearbeitung von kupfernen Feuerbüchsen bewandert sind, für unsere Abteilung Lokomotivbau bei hohem Lohn gesucht  
**ATG Allgemeine Transport-Anlagen-Ges. m. b. H., Maschinen-Fabrik**  
Leipzig-Großschocher.

**Beliebtes, modernes Geschenk!**

**Freundschaftsarmbänder**  
für Damen und Herren  
In vergoldet ... 14 Mk. Union-Gold ... 39 Mk.  
Golddouble ... 20 Mk. Massiv Gold ... von 85 Mk. an  
Gold- und Silberwaren - Tafelbestecke - Tafelgeräte  
stets das Neueste in grosser Auswahl  
**Alfred Herschel, Markt 9 (an der Hainstr.)**

**Felle-Einkauf.**  
Ich bin nach wie vor Käufer für alle Sorten roher Häute und Felle zu höchsten Tagespreisen. **Albin Wagner, Querstr. 27.**

**Metallformer**  
der selbständig arbeit. kann, stellt für dauernd ein  
**Arthur Kirchner**  
Metallgießerei  
Meerane 1. Sachsen.

**Rodlshneider** tücht., erfl., die b. Eltern noch 1 Stück mit anfertigen können (Lohn in u. mehr) sucht **Mah-Meister Kober, König-Johann-Str. 2.**

**Einige gelernte Weißnäherinnen**  
und Hausarbeiterinnen für Damenwäsche bei gutem Lohn per sofort gesucht.  
Zu melden bei **T. Foelz, Katharinenstraße 17.**

**Perf. Plätterinnen**  
sucht Dampfplätterei  
**Rüner, Co., Similtendstr. 20.**

**Mt. Mäntel, Blau, Stiefel, Hosen**  
Holen Eisenbahnstr. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

**Von Herrschaften wenig gel.,**  
da gut wie neu, u. neue Herr., Dam.- u. Kind.-Garderobe aus feinst. Stoff, hergeit., laut. Sie wie altbekannt, gut u. bill. \*  
nur b. **Kummer, Reichstr. 14. 15. 16.**

**Mancheiter - Anzug, neu, Größe 54, starke Natur, pl. L. Ad., Frommannstr. 12, 13.**

**Teilzahlung!**  
Anzüge, Hüter, Bettwäsche, Damenwäsche, Kleiderstoffe, Röde Blumen verkauft  
**B. Krieger**  
Tauchaer Straße 48. I.

**Wehr, md. Ang., Sportausg. m. Gürtel, Frühjahrs-Anzug u. Paletot, 2 Cutaw. Maharb., gefest. Hosen, Gehrock-Anzug billig u. v. Lange Str. 10. I. \***

**Verst. Anz., darunt. S. Ang., Sportausg. m. Gürt., 2 Akt. Sol. bill. Demmerstr. 72. II. I. \***

**Covercoat, neu, Sportfarbe 550.- Mk., getragen von 150.- Mk., an verkauft Hd., Frommannstr. 12. Laden.**

**Hemden f. Herren 20.-**  
Hemden u. Kessel m. 10.  
Hemdenbarock ... m. 9.  
Köper-Zuleit. ... m. 20.  
Wettzeug u. Kissen ... 130.  
Barchent-Bettuch ... St. 30.  
Hände u. Wischtuch ... 1. 5.  
Kohlsaarstr. 29. I. 5.

**Wehr, Schlafzimmer, Schränke**  
Vertikos, 2 Sofas (grüner Plüsch) zu äußerst niedrigen Preisen (Heldstr. 25. Hof. I. \*

**Auf Teilzahlung!**  
Schlafzimmer, Kücheneinr., modern, solid, sowie einzelne Möbel verkauft billig Lind., Calviusstr. 22. a. Laden.

**Schranke, Vertiko, Trumeau, Spiegel, Sofa, Chaiselongue, Stühle, Tisch, Bettstellen, kompl. Kücheneinr., u. v. a. billig gegen bar sofort, u. v. a. Windmühlent. 25. I. Große.**

**Hilfsstoffe, Bettst. m. Matr., Tisch bill. Reiter Str. 38. II. I.**

**Kleiderstrant, Vertiko**  
2 Stühle, Steintisch, 2 Leuchtr., Tisch billig zu verkauf. Da-Bohm, Zollhofstr. 31. III. r.

**Rommob., Klein. Stell., 100.-**  
Kleiderkasten 25. r. vert. Lindenau, Birkenstr. 8. v. r.

**Sofatisch, Stühle, Chaiselongue, bill. u. vert. Reiterstr. 10. I. I.**

**Moderne Betten**  
m. Stahlmatr. u. Dreilaufg., 3 Bettst. m. gut laub. Matr., 3 200-270. r. Bräderstr. 10. I. I.

**Fahrräder**  
neu, u. wie neu vorgerichtet.  
**Fahrrad-Zubehör**  
größte Auswahl allerbillig!  
**Beyer** Steinmetzen 33  
Nähmasch., gutnäh., v. prap. Meth. Frankfurter Str. 22.

**Fahrräder**  
neu und gebrauchte  
**Bereitungen**  
größte Auswahl  
Reparaturen  
billige Preise  
**Fahrradhaus Pötsch**  
Taubchenweg 86. I.  
Nähmaschine, gutnäh., v. prap. Kaver, Nürnberger Str. 11.

**Serr. u. D. Rad m. Gu. Trödf.**  
Eisenbahnstraße 13. Dth. II. r.

**Kinderwagen, billig verkauft**  
Baverische Straße 42. II. Info.

**Kinderwagen, dunkelb., für 275.- r. v. Mittelstraße 9. I.**

**Kinderw., ca. wh. a. Klemm, v. vert. Wuzner Str. 88. I. Info.**

**Kinderwagen, elg., gr. wh. v. Kohl, Crotenborner Str. 4.**

**Kinderwagen, billig zu vert. Boilm., Konradstraße 59. p. I.**

**Bermittelte Anzeigen**  
D. Fräulein, dunkel, schlanke, braunes Stoffkleid, aus Lindenau, welches sich voriges Jahr Mitte Juni abends einmal mit einem Monsieur aus Lindenau getroffen hat, der von Marquardt kam, wird dringl. als Begleit. gebeten. Adresse unt. P. 86, 87. W. Weihenfelder Str. 30.

**Handelsreise vert. Ingerbride**  
Freit. ab. gen. 12. U. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

**Dobermann-Rüde**  
abhanden gekommen, Steuer-  
marke 4132, am Halsband  
Abholung vermerkt, Alter  
11 Jahre, Geg. hohe Belohn.  
abzugeben Boetenweg 23.

**Uhrmacher**  
übernimmt Uhren-  
Reparat. aller Art.  
**M. Israel**  
Krausestr. 5. Laden

**Verkäufe**  
In **Rafao** ... Fund 15.50  
Schokoladen bekamt. bill. Hr.  
Bor. Markt. Gal. Stnd. 37.

**Gastwirte!**  
eine Spielkarte gratis bei  
1000 Zigaretten zu 250.- Mk.  
m. 40. J. Banderol. Stef. o. Wdh.  
Göth. Eiserstr. 17. Tel. 11343.

**2 Paar Halbhuhe** Bad u.  
Gr. 30. schwarz, Strohhut m.  
weil. Hülein, wh. Wollkropp-  
Bluse Humboldtstr. 35. IV. r.

**Uebergangs-Heberzeuge**  
von 100.- an verkauft  
L. Ad., Frommannstr. 12. Laden.

**Minderbemittelte!**  
Große Vossen  
**Anzüge à 245 Mk.**  
**La Sojen**  
gestreift, zu Fabrikpreis, von  
45 Mk. an verkauft, 13. II. I.  
Blauen Anzug, Größe 44,  
350.- Markt, einige Anzüge  
von 150.- Mk. an verkauft  
L. Ad., Frommannstr. 12. Laden.

**Eleg. Cutaway**  
mit Weste v. 150 Mk. an  
gestreifte Hosen-  
Sportanzüge verk.  
**Wadewitz** neben  
Wandmühlent. 33. I.  
Kein Laden, nur I. Etage

**Milit.-Hosen**  
Blusen, Mäntel, Schuhe,  
Silofel, billig.  
**FRIEZE**  
Frommannstr. 12. Lad. I.

**Cutawan m. gestreift, Hosen,**  
2 Bl. Anzüge 175 u. 200 Mk.  
v. Bismarck, Bismarckstr. 83

**Mancheiter - Sporthosen**  
mit doppelter Gesäß,  
auch andere Sporthosen,  
in Ware, verkauft billig \*  
L. Ad., Frommannstr. 12. Laden.

**Händler u. Private**  
taufen enorm billig ein \*  
Gardinen u. Wäschehaus  
Höhn, Leubitz, Hauptstr. 20. I.

**Hausfrauen**  
fordert einzig und allein  
**Jurgens & Prinzens**  
**Cocosa-**  
Pflanzen-Butter-Margarin  
**Solo-**  
Margarin  
als besten Ersatz für  
**Butter**

In allen Nahrungsmittelgeschäften und den Verkaufsstellen des Konsumvereins zu haben.  
Lautend treffen frische Sendungen ein.  
**Fabrik-Lager: Eduard Brado, Leipzig**  
Kontor: Montbestr. 4 - Lager: Brandenburger Str. 4 - Fernspr. 2285

**Fr. Glaser** Kanthaler  
Steinweg 42, Lad.  
Telephon 1312  
H. 5. u. D. Garderobe  
Wäsche, Bett, Tepp., Gardin.,  
Kleider, Gold- u. Silber-  
waren, low. name Nachfälle \*  
**Kaufe** Herren-Garderobe  
Bett- u. Leibw., Kleiderausst.,  
Kleider, Mantel, Gürtel, v. pt.  
Straßenbahn b. Battenberg  
Federbetten u. Wäsche  
kauft Frau G. G. G. G.  
Baverische Straße 42. II. I.

**Gebr. Möbel**  
kauft **Brenzel**, Nürnberger  
Straße 16. Tel. 1851.  
Verleibene Möbel a. kl. gel.  
Ang., Angerstr. 10, Dietrich.  
Kaufe Möbel, Leihhaus-  
scheine, Federbett, Wäsche \*  
Kaver, Nürnberger Str. 11.

**Sofa**  
auch defekt, kauft **Nürn-  
berger Str. 10. I. Tel. 1851.**

**Alte Taschenuhren**  
kauft **Uhrmacher Urban**  
Spezialist für Reparaturen  
Wächterstraße 20.

**Nähmasch., auch defekt, kauft**  
Kaver, Nürnberger Str. 11.

**Alte Fahrräder, Motor-  
räder, auch defekt, kauft**  
Scheller, Fürberstraße 8. I.

**Klempnerarbeiten, a. defekt,**  
H. Kohl, Taubchenweg 86. I. I.

**Maler-Arbeiten**  
Zimmer tapeziert, werd. gut  
und billig ausgeführt Rud.  
Givold, Lind., Birkenstr. 2.

**Kammerjäger Wagner**  
K. wohnt Senefelderstr. 11. S. I.

**Wohnungen**  
Leere Stube mit Kacheln,  
lof. gel. Schula, Karlsruh. II.  
Tausche m. Wohn., Str. 11.  
Kil. Gas, Wite 150.- gegen  
groß. Gegenstück, Mobius,  
U. Modern, Krollstr. 8. v.

**Die allgemeine Volksschule und der Religions-  
unterricht in der Republik Sachsen**  
mit ausführlichen Erläuterungen von **Richard Lipinski**  
Preis 1.25 Mk.  
**Leipziger Buchdruckerei A. G.**  
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.